Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 23.—29. Dez. 0,65 Goldmark. Einzelverkaufspreis: 15 Goldpfennige.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 297. Sonnabend, 29. Dezember 1923. 36. Jahrgang.

Der bürgerliche Wahlaufmarsch.

Dr. L. Lübeck, den 29. Dezember.

„Als die Römer frech geworden ...."

Als der Senat in das gellende Horn des Volksentscheids stieß, da hat er sich verschiedene Dinge nicht genügend überlegt.

Er hat erstens seine Bundesgenossen im Bürgertum erheblich überschätzt. Und er hat nicht genügend in Rechnung gestellt, welch gefährlichen Gegner er in der Sozialdemokratischen Partei haben würde.

Hätte er sich diese beiden Punkte reiflich überlegt, wir glauben nicht, daß er dann den Mut gefunden hätte, gerade in der heutigen Zeit ungeheure Summen für einen aussichtslosen Wahlkampf zu verschleudern.

Deutlich genug ist ihm das von unseren parteigenössischen Senatoren gesagt worden. In geschlossener Front haben sie die Abenteurerpolitik der bürgerlichen Senatsmehrheit bekämpft.

Mit wohlüberlegter Absicht ließen wir gerade unsere Senatoren außerhalb des Wahlkampfes. Sie haben jahrelang in einem in seiner Mehrheit bürgerlichen Senat ehrlich gearbeitet. Immer wieder mußten sie mit ihrem ehrlichen Namen Dinge decken, die die bürgerliche Mehrheit beschlossen hatte. Der Wahlkampf mußte sie sehr oft in die unangenehme Lage bringen, die Schuld für geschehene Dinge, die der Gesamtsenat beschlossen hatte, auf ihre bürgerlichen Kollegen abzuwälzen. Diese gerade für einen ehrlichen sozialdemokratischen Politiker höchst unerquickliche Zwangslage sollte ihnen erspart bleiben. Sind sie doch nicht freie Politiker, sondern verantwortungsbelastete höchste Beamte unseres Staates.

Die Gegenseite zwingt uns, von diesem Grundsatz abzugehen. Denn sie zerren immer wieder unsere parteigenössischen Senatoren in die Debatte. Deswegen muß einiges Grundsätzliche gesagt werden.

Unsere Genossen im Senat waren seit je der Meinung, daß wir über kurz oder lang eine sozialdemokratische Mehrheit erkämpfen müßten. Sie glaubten allerdings, daß das auf dem gütlichen Wege der Verständigung möglich wäre. Als aber der Bürgermeister die kategorische Erklärung abgab, unter keinen Umständen mit einer sozialdemokratischen Senatsmehrheit arbeiten zu wollen, da standen sie vor dem Scherbenhaufen ihrer Hoffnung, und auch vor dem Trümmerhaufen ihrer jahrelangen „Arbeitsgemeinschaftspolitik". Klar hat das der Genosse Hoff in der Senatssitzung ausgesprochen: **„Dieser Ausspruch des Bürgermeisters ist für uns sozialdemokratischen Senatoren eine Ohrfeige!"**

Es gibt also heute in der Sozialdemokratischen Partei wesentliche Meinungsverschiedenheiten über die Einstellung zu der bürgerlichen Senatsmehrheit überhaupt nicht mehr. Alle bürgerlichen Behauptungen über solche Meinungsverschiedenheiten sind nichts anderes als ganz plumper Wahlschwindel.

Auch das hat hoffentlich die gestrige Versammlung im Kolosseum dem Bürgertum bewiesen.

Diese Wahlversammlung war ein Auftakt zur Wahl, wie ihn die Sozialdemokratie nicht besser wünschen konnte. Hat er doch ein solch erschütterndes Bild von der geistigen Ohnmacht und von dem staatspolitischen Bankerott des Bürgertums gezeichnet, daß es für Freund und Feind nur eine Schmach und eine Scham sein kann.

Das schlechte Gewissen der bürgerlichen Parteien zeigte sich schon bei der Auswahl der Redner. Man schickte nicht die geistigen Leuchten aus der Bürgerschaft vor, nicht Herrn Ewers und nicht Herrn Klein! Ein Vertreter der Handelskammer mußte sprechen und ein Pastor. Und was sie vortrugen?

Man erspare uns jede Kritik! Denn es war unter aller Kritik.

Herr Dr. Keibel von der Handelskammer stützte seine „volkswirtschaftliche" Rede mit der Behauptung, es gebe eben kein Kapital mehr im verarmten Deutschland.

Und bekam dafür eine fürchterliche Abfuhr. Denn gleich der erste Redner der Sozialdemokratie wartete mit Tatsachen auf:

Wo ist denn das deutsche Kapital? Allein in Amsterdam sind in den letzten zwei Jahren 16 deutsche Bankhäuser entstanden, die nichts anderes zu tun haben, als das ins Ausland verschobene deutsche Kapital zu verwalten. In Rotterdam sind 12 solcher Bankhäuser entstanden. In England und in den nordischen Ländern richteten alle Banken besondere Abteilungen ein zur Verwaltung der deutschen Guthaben. Und noch etwas: Hugo Stinnes hat solch riesenhafte Beträge ins Ausland verschoben, daß er heute schon ohne seinen deutschen Besitz der reichste Mann der Welt ist.

Ist es da ein Wunder, wenn Deutschland kapitalsarm geworden ist??

Und ebenso brach eine bürgerliche Behauptung nach der andern im Maschinengewehrfeuer der sozialdemokratischen Diskussion zusammen. Auf den Steuerskandal in diesem Blatt noch einzugehen, ist wohl überflüssig. Herr Dr. Keibel redete sich an der Gewerbesteuer vorbei mit der Behauptung, sie sei eine Nebensteuer, die Einkommensteuer sei die Hauptsache. Und bekam einen Keulenschlag mit Zahlen:

Im August zahlten von dieser Hauptsteuer die Lohn- und Gehaltsempfänger 95 Prozent; das gesamte Kapital aber nur 5 Prozent.

Unfähig stand die Reichsregierung vor solchem Steuerunrecht. Und ebenso unfähig der Senat. Und was war die Folge?: der Finanzzusammenbruch in Reich und Ländern infolge der Geldentwertung.

Und es peitschte die Frage durch den Saal:

Was hätte ein Privatunternehmen zu einem Direktorium gesagt, das am Schluß des Jahres bekennen würde, es habe infolge der Geldentwertung nur Ausgaben gehabt und keine Einnahmen. Mit Schimpf und Schande würde man solch ein Direktorium aus dem Amte jagen. Nur beim Staat, da soll solche Unfähigkeit erlaubt sein! Nur beim Staat sollen alte Herren, die den schwierigen Verhältnissen in keiner Weise gewachsen sind, wie alte Ruinen konserviert und gestützt werden. Damit die bürgerliche Mehrheit dem Kapital erhalten bleibt. Dazu ist die Sozialdemokratie nicht dumm genug! Und die Arbeitnehmerschaft läßt sich das nicht gefallen, denn sie hat nachher für die Sünden einer unfähigen Regierung zu büßen!

Immer höher schwoll die Stimmung im Saal — bei den anwesenden Arbeitern. Und immer tiefer sanken die Köpfe der anwesenden Vertreter des Bürgertums.

Mit Hohn und Spott wurden die Ausführungen des Pastors Pantke von den Diskussionsrednern zerpflückt. Die Frage stellte man vor ihm auf:

Was sagen Sie als Verkünder des wahren Christentums dazu, daß in Deutschland Tausende von Kindern und Greisen verhungern müssen, während Schieber und Spekulanten — beides Anhänger Ihrer Volkspartei — in riesiger Zahl Luxusautos kaufen können und im üppigsten Wohlleben dahin prassen?

Der Vertreter des Christentums schwieg; denn er spreche „nur als Politiker". Was der liebe Gott zu solch merkwürdigem „Befürworter auf Erden" wohl gedacht haben mag?

Ja, ja! Eine Volksversammlung ist keine Kanzel. Und es werden bei diesem Volksentscheid noch allerlei Späße fliegen.

Der gestrige Auftakt für das Bürgertum war kläglich! Grau in grau, mau in mau! Tausende von Arbeitern waren erschienen, um Abrechnung zu halten.

Vielleicht erkennt man auf der anderen Seite, welche riesengroße Dummheit man gemacht hat mit der persönlichen Hetze gegen Dr. Leber. Eine bessere Wahlparole konnte man der Sozialdemokratie gar nicht in die Hand geben. Nichts peitscht die Arbeiterschaft mehr auf, als persönliche Beschimpfung und Verleumdung ihrer Führer. Der gestrige Abend bewies das.

Der gestrige Abend bewies noch mehr! Er zeigte, wo in diesem Kampfe die Sachlichkeit und der ehrliche Arbeitswille stehen — bei der Sozialdemokratie! Und er zeigte, wo die geistigen Waffen sind — bei der Sozialdemokratie!

Wir wissen, daß hunderte bürgerlich eingestellte Wähler erstaunt waren ob der Lahmheit und Gedankenarmut ihrer „Sprecher". Und wir wissen, daß seit gestern die Siegeshoffnung des Bürgertums für den 6. Januar unter den Gefrierpunkt gesunken sind.

Die Arbeiterschaft aber hat gestern bewiesen, daß sie entschlossen ist zum Kampfe, daß sie entschlossen ist zum Sieg.

Der 6. Januar wird ein Sieg des Volkes wider seine Bedrücker und Ausbeuter werden. Der 6. Januar wird ein ungeheurer Protest gegen den unfähigen und überalterten Senat sein.

Die jubelnde und begeisterte Zustimmung der Tausende im Kolosseum bei der Parole: **Ja** pflanzte gestern die Fahne des Kampfes für das Volk und gegen den Hunger auf.

Ja

steht auf dieser Fahne als Parole der Freiheit und als Parole des Sieges!

Nieder mit dem Senat!
Er ist nur für das Kapital! Er ist
arbeiterfeindlich!
Wählt „Ja"

Die Arbeitszeitverordnung

Berlin, 28. Dezember.

Die am 22. Dezember veröffentlichte Verordnung der Reichsregierung über die Arbeitszeit bestimmt ausdrücklich, in Anlehnung an die Arbeitszeitverordnungen von 1918 und 1919, daß die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten darf. Mit dieser Verbeugung vor dem Prinzip des Achtstundentages hört der gute Wille der Regierung aber auch schon auf; denn es folgt in der Verordnung sofort die Bestimmung, daß der an einzelnen Werktagen für den Betrieb oder eine Betriebsabteilung eintretende Ausfall von Arbeitsstunden nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung durch Mehrarbeit an den übrigen Werktagen der gleichen und der folgenden Woche ausgeglichen werden können. Nur für Gewerbezweige oder Gruppen von Arbeitnehmern, bei denen regelmäßig und in erheblichem Umfange Arbeitsbereitschaft vorliegt, kann beim Fehlen eines Verhältnisses dieser Art regelnden Tarifvertrages der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und -nehmer eine über den Achtstundentag hinausgehende Regelung treffen. **Durch Tarifvertrag kann eine mehr als achtstündige Arbeitszeit vereinbart werden.** Sofern solche Vereinbarungen mit dem Sinne des öffentlich-rechtlichen Arbeitnehmerschutzes, insbesondere mit der Rücksicht auf die Schutzbedürftigkeit der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer — ein wohl kaum eintretender Fall — unvereinbar sind, kann die oberste Landesbehörde das beanstanden und eventuell selbst Bestimmungen über die zulässige Dauer der Arbeitszeit treffen. Ist die Arbeitszeit nicht tariflich geregelt, dann kann der Unternehmer für einzelne Betriebe oder Betriebsabteilungen — also nicht für einzelne Arbeitnehmer — eine vom Achtstundentag abweichende Regelung der Arbeitszeit beim zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten oder Bergaufsichtsbeamten beantragen. Voraussetzung ist, daß diese Regelung aus betriebstechnischen Gründen, insbesondere bei Betriebsunterbrechungen durch Naturereignisse, Unglücksfälle oder andere unvermeidliche Störungen oder aus allgemein wirtschaftlichen Gründen geboten ist. Widerruf ist zulässig; die gesetzliche Betriebsvertretung ist anzuhören. Beschwerden sind zulässig, damit bei späterer tariflicher Regelung die vorgesetzte Behörde die Anordnung aufheben kann, wenn der die Anordnung treffende Beamte sie nicht selbst aufhebt.

Eine Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit ist für Gewerbezweige oder Gruppen von Arbeitern, die unter besonderen Gefahren für Leben oder Gesundheit arbeiten, insbesondere für Arbeiten im Steinkohlenbergbau unter Tage sowie für Arbeiter, die in außergewöhnlichem Grade der Einwirkung von Hitze, Staub, giftigen Stoffen u. dergl. oder der Gefährdung durch Sprengstoffe ausgesetzt sind, nur zulässig, wenn die Ueberschreitung aus Gründen des Gemeinwohls dringend erforderlich ist oder wenn sie sich in langjähriger Uebung als unbedenklich erwiesen hat und eine halbe Stunde nicht übersteigt. (§ 7.)

Uebeschadet noch zu erwähnender Ausnahmen dürfen die Arbeitnehmer eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung an 30 der Wahl des Arbeitgebers überlassenen Tagen im Jahre mit Mehrarbeit bis zu zwei Stunden beschäftigt werden. Im Bergbau unter Tage ist für Betriebspunkte mit einer Wärme über 28 Grad Celsius durch Tarifvertrag eine Verkürzung der Arbeitszeit zu vereinbaren. Kommt eine solche Vereinbarung nicht zustande, dann ordnet die zuständige Bergbehörde nach Anhörung der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Verkürzung an. Im Steinkohlenbergbau gilt als regelmäßige tägliche Arbeitszeit die Schichtzeit; sie wird gerechnet vom Beginn der Seilfahrt bei der Einfahrt bis zum Wiederbeginn bei der Ausfahrt oder vom Eintritt des einzelnen Arbeiters in das Stollenmundloch bis zu seinem Wiederaustritt. Auch bei Anwendung dieser Ausnahmen darf die Arbeitszeit 10 Stunden täglich nicht überschreiten. Eine Ueberschreitung ist im Falle des eben besonders bezeichneten § 7 überhaupt nicht und sonst nur aus dringenden Gründen des Gemeinwohls zulässig. Die gesetzlichen Vorschriften über den Schutz der Arbeitnehmer, insbesondere der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer, sollen durch die Verordnung nicht berührt werden. Es sollen auch weibliche Arbeitnehmer auf ihren Wunsch während der Schwangerschaft und der Stillzeit möglichst von einer mehr als achtstündigen Arbeitszeit befreit werden.

Die nach dieser Verordnung sich ergebenden Beschränkungen der Arbeitszeit sollen jedoch keine Anwendung finden auf vorübergehende Arbeiten, die in Notfällen oder zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen unverzüglich vorgenommen werden müssen. Verstöße gegen die Vorschriften der Verordnung, oder der alten, soweit sie noch gelten, werden mit Geldstrafe, im Wiederholungsfalle mit Gefängnis- und Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bedroht. Doch ist eine Ausnahme vorgesehen: der Arbeitgeber ist bei Duldung oder Annahme freiwilliger Mehrarbeit, soweit es sich um männliche Arbeitgeber über 16 Jahre handelt, nicht strafbar, wenn die Mehrarbeit durch besondere Umstände veranlaßt und keine dauernde ist und wenn sie weder durch Ausbeutung der Notlage oder der Unerfahrenheit des Arbeitnehmers

vom Arbeitgeber erwirkt wird, noch auch offensichtlich eine gesundheitliche Gefährdung mit sich bringt.

Damit die beabsichtigte Durchführung der Mehrarbeit durch laufende Tarif- und Arbeitsverträge nicht lange verzögert wird, steht die Verordnung die Kündigung solcher Bestimmungen — nicht des ganzen Vertrages — mit 30tägiger Frist vor. Ist in solchen Verträgen der Lohn als Zeitlohn bestimmt, so wirkt jedoch die Kündigung auch für diese Bestimmungen. Mit Rücksicht auf die in letzter Zeit im Ruhrgebiet abgeschlossenen Verträge, die sogenannten Micumverträge, wird bestimmt, daß die seit dem 23. November 1923 bis zum Inkrafttreten der Verordnung abgeschlossenen Verträge durch die neue Verordnung unberührt bleiben, soweit sie die nach der neuen Verordnung zulässigen Höchstgrenzen der Arbeitszeit nicht überschreiten werden. Für Betriebe und Verwaltungen des Reiches (auch der Reichsbank) und der Länder, sowie für Verwaltungen der Gemeinden und Gemeindeverbände stehen die dem Reichsarbeitsminister oder anderen Behörden übertragenen Befugnisse den diesen Betrieben oder Verwaltungen vorgesetzten Dienstbehörden zu. Diese können die für Beamte gültigen Dienstvorschriften über die Arbeitszeit auf die übrigen Arbeitnehmer der genannten Betriebe und Verwaltungen übertragen, auch soweit laufende Verträge dem entgegenstehen.

Die kurz gekennzeichnete Verordnung bedeutet nichts anderes als einen wesentlichen Abbau des Achtstundentages. (Wir kommen auf die Angelegenheit zurück.)

Die ungeheuerliche Mietsteuer.

Die Reichsregierung hat sich beeilt, mitzuteilen, daß die von uns über den Inhalt der dritten Steuernotverordnung gemachten Angaben einem vorläufigen Entwurf entnommen sind. Ein Beschluß des Reichskabinetts über diesen Entwurf liege noch nicht vor, es sei auch damit zu rechnen, daß dieser Beschluß nicht unwesentlich von dem Text des Vorentwurfs abweichen würde.

Leider enthält diese Mitteilung keine Angabe, in welcher Richtung der Entwurf abgeändert werden soll. Die Abweichungen von dem ursprünglichen Entwurf sind nämlich ausnahmslos erhebliche Verschlechterungen und rufen demzufolge überaus starke Bedenken hervor. Der den Ausgangspunkt der Verordnung bildende Gedanke, eine Aufwertung der Hypothekschulden nicht zuzulassen und den den Schuldnern daraus erwachsenden erheblichen Geldentwertungsgewinn für Zwecke der Allgemeinheit in Anspruch zu nehmen, ist keineswegs undiskutabel. Besonders wenn die Mietssteigerung sich in erträglichen Grenzen hält, die dadurch gewonnenen Mittel für Neubauten, für Reparaturzwecke, als Unterstützungsfonds für die schwächsten Mieter und für lebensnotwendige Zwecke des Reiches und der Länder Verwendung finden würden, könnte ein auch für die Arbeiter, Angestellten und Beamten erträglicher Weg gefunden werden. Aber davon ist jetzt kaum noch die Rede. Weder für Reparaturzwecke noch für Neubauten, noch für Unterstützung der schwächsten Mieter soll Geld zur Verfügung gestellt werden. Nur ein geringer Teil der Mietssteigerung soll Reich und Ländern zufließen. Dagegen soll der Hausbesitzer 50 Proz. der Friedensmiete erhalten und dieser Anteil soll Vorrang haben vor dem der Länder und des Reiches. Noch schlimmer ist die Regelung bei den Schulden von Industrie und Landwirtschaft. Von dem Geldentwertungsgewinn, den die Industrie infolge der Entwertung ihrer Schulden gemacht hat, soll sie in 21 Monaten nur 10 Prozent als Steuer zahlen, die Landwirtschaft aber überhaupt nichts. Der überschuldete Großgrundbesitz wird also mit einem Schlage aller Schulden ledig.

Die finanzielle Wirkung dieser Maßnahmen geht aus folgenden Angaben hervor: Die Vorkriegsschulden der Industrie betrugen 4—4½ Milliarden Goldmark. Der Industrie werden fast vier Milliarden, der Landwirtschaft 15—20 Milliarden, dem städtischen Hausbesitz ebenfalls rund 15 Milliarden geschenkt. Dafür **werden alle Hypothekengläubiger völlig enteignet, die Mieter von städtischen Grundstücken mit der Mietssteuer belastet.** Die Friedensmiete betrug insgesamt rund 5 Milliarden Goldmark im Jahr. Gegenwärtig werden im Durchschnitt des Reiches etwa 20 Prozent der Friedensmiete, gleich eine Milliarde Goldmark erhoben. Wird die volle Friedensmiete hergestellt, so ist das eine Belastung der städtischen Mieter um insgesamt 4 Milliarden Goldmark; wird nur 80 Prozent der Friedensmiete festgelegt, so ist das eine Belastung von 3 Milliarden Goldmark. Reich und Länder sollen von diesen Beträgen die Hälfte, also 1,5 bezw. 2 Milliarden Goldmark erhalten.

Was bedeutet diese Summe? Die Einkommensteuer der Veranlagungspflichtigen dürfte im Jahre 1924 einen Ertrag von 400 Millionen Goldmark bringen. Die Erbschaftssteuer ist mit 30 Millionen Goldmark veranschlagt, die Vermögenssteuer mit 340 Millionen Goldmark. Alle drei Besitzsteuern zusammen bringen also bestenfalls einen Ertrag von 770 Millionen Goldmark! Der an Reich und Ländern aus der Mietssteuer fließende Ertrag ist also zwei- bis dreimal so hoch als die drei wichtigsten Besitzsteuern, die nach den Worten des Finanzministers Luther „brutale" Steuern sind. Die Mietssteuer ist selbst das 1½fache des Gesamtertrages der Umsatzsteuer!

Bei dieser Sachlage kann man nur dringend wünschen, daß die Reichsregierung sich ihre Entschlüsse auf diesem Gebiet auf das ernsteste überlegen möge. Es ist ihr auch dringend zu empfehlen, sich zu fragen, ob es zweckmäßig ist, die dritte Steuernotverordnung mit ihren das ganze politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands auf Jahre hinaus so einschneidend beeinflussenden Problemen auf dem Wege des Ermächtigungsgesetzes zu regeln. Die sozialdemokratische Fraktion hält diesen Weg nicht für gangbar. Beschreitet die Regierung ihn trotzdem, so wird sie damit rechnen müssen, daß der Reichstag sich mit der Verordnung nachträglich beschäftigt und sie evtl. aufhebt.

Ein aussichtsloser Appell!

SPD. Der Reichskanzler hat erst in den Weihnachtsfeiertagen einen neuen Appell für das Recht an das Ausland gerichtet. Wir sind überzeugt, daß auch dieser Appell in der Welt auf taube Ohren gestoßen ist! Das Ausland weiß selbst zu genau, wie es zurzeit mit dem Recht und der Gerechtigkeit in Deutschland bestellt ist und verzichtet deshalb darauf, uns seine Sympathien zu leihen, solange wir nicht im eigenen Hause die Forderungen durchzuführen, die wir an andere richten. Tatsächlich hat Deutschland heute keinen Anspruch mehr, als Rechtsstaat zu gelten! Die Ereignisse der letzten Monate zeigen, wie weit wir es gebracht haben! Wider Gesetz und Recht besteht z. B. heute noch in Bayern der Ausnahmezustand! Der meuternde General Lossow ist nach wie vor Landeskommandant für Bayern und bezieht trotzdem sein Gehalt von Reichsgeldern, während arme Reichs- und pflichttreue Beamte aus wirtschaftlichen Gründen auf die Straße gesetzt werden. Was gilt die Reichsverfassung gegenüber Bayern? Hier wird sie als nichtbestehend betrachtet, während man sich ihrer gegenüber Landesregierungen mit sozialistischem Einschlag genau entsinnt. Denunziationen genügen, um zur Reichsexekutive zu schreiten und zur Entsendung von Reichskommissaren (Thüringen) reicht das Geld des bankerotten Reiches immer noch aus. Wer kann unter diesen Umständen noch von einem Rechtsstaat Deutschland sprechen? Kein Mensch, der noch ein Gewissen im Leibe hat, vermag einen Staat als Rechtsstaat zu betrachten, dessen Politik sich richtet nach den Wünschen einzelner Denunzianten, die bis heute vergeblich nach einer Wahlparole gesucht haben und als letzten Ausweg verlogene Anschuldigungen gegen die sozialistische thüringische Regierung betrachten. Eine Reichsregierung, die auf dieses Denunziantentum eingeht und seinen Wünschen entspricht, während im „Ordnungsstaat" Bayern tagtäglich neue Verletzungen der Reichsverfassung ohne Widerspruch geschehen können, hat jedes Recht verwirkt, das Ausland um Gerechtigkeit und Sympathien anzurufen.

Wieder Brotpreiserhöhung?

Soll die Geldentwertung wieder losgehen?

Am Freitag machte sich an der Berliner Produktenbörse eine neue Preissteigerung für Brotgetreide bemerkbar. Der Weizen stieg auf 161 bezw. 163 Goldmark gegen 154 bezw. 158 Goldmark und der Roggenpreis auf 138 bezw. 140 Goldmark gegen den Vortag. Die neue Preissteigerung hat ihren Anfang beim Großhandel genommen, wo bereits am Tage nach Weihnachten wesentlich erhöhte Preise gefordert wurden. Das Angebot an der Freitagbörse durch die Landwirtschaft war auffallend knapp. Sehr wahrscheinlich steht die Zurückhaltung der agrarischen Verkäufer im Zusammenhang mit der Propaganda gewisser landwirtschaftlicher Stellen, die sich vor Weihnachten lebhaft für eine Ermäßigung der Steuer und für eine Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte einsetzte. Da es unsere Händlerschaft meisterhaft versteht, ihre hohen Profite zu verteidigen, wird sich die eingetretene Preiserhöhung, die sich ohne Zweifel fortwirken wird, ohne weiteres auf den Preis des Brotes, eines der wichtigsten Nahrungsmittel, auswirken und so das Signal zu einer allgemeinen Preishausse geben. Wir sind neugierig, ob die Regierung auch in diesen kritischen Tagen, wo es um die Stabilität der wertbeständigen Zahlungsmittel geht, dem Skandal tatenlos zusehen wird. In der Praxis verfolgt sie ja durch die geplante Goldmiete dieselbe Politik unserer Agrarier und Händler und gefährdet durch eine weitere Belastung der Massen die eingeleitete Gesundung auf währungspolitischem Gebiete.

Die Ruhrarbeiter sollen Knechte bleiben.

Die Reichsregierung hat das Gesetz zur Wiedereinstellung und Kündigung in den besetzten Gebieten mit Wirkung vom 1. Januar ab aufgehoben. Sie behauptet, diese Maßnahme sei notwendig geworden, da die Rheinlandkommission die Anwendung des Gesetzes im Rheinlande nicht zugelassen habe. Bisher ist zwar nichts darüber bekannt geworden, daß die Reichsregierung dieses Gesetz der Rheinlandkommission überhaupt zur Genehmigung unterbreitet hat. Aber selbst wenn das der Fall wäre und die Rheinlandkommission früher die Genehmigung versagt hätte, so wäre die glatte Aufhebung des Gesetzes in bezug auf den Teil, der die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter regelt, nicht notwendig gewesen. Durch Abänderung des bestehenden Gesetzes im Sinne einer Berücksichtigung sozialer Verhältnisse bei der Wiedereinstellung wäre die Möglichkeit zur reibungsloseren Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet geschaffen worden. Da das mit den Absichten der Besatzungsmächte übereinstimmt, wäre eine entsprechende Verordnung jetzt bei ihnen sicherlich nicht auf Widerstand gestoßen.

In Wirklichkeit hat auch die Reichsregierung einen solchen Schutz der Arbeitnehmer nicht gewollt und lehnt deshalb die Abänderung des Wiedereinstellungsgesetzes ab. Im Gegensatz zu der Auffassung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die ihr mit allem Nachdruck vor Augen geführt worden ist, hat sie den Standpunkt vertreten, daß die Unternehmer von allen Fesseln befreit werden müssen, die das Gesetz ihnen bei der Wiedereinstellung und der Auswahl der Arbeitskräfte auferlege. Es ist vor allen Dingen der Reichsarbeitsminister Brauns gewesen, der sich hier zum schroffsten Sachwalter der Interessen der Großkapitalisten gemacht hat. Er fand aber dabei neben der Unterstützung aller bürgerlichen Parteien auch die Unterstützung der Zentrumsabgeordneten, insbesondere des ehemaligen Arbeiters Becker-Arnsberg. Wenn jetzt bei den Zentrumsarbeitern im Ruhrgebiet sich Erbitterung geltend macht, weil insbesondere die verheirateten Erwerbslosen mit großer Familie der schrankenlosen Unternehmerwillkür völlig ausgeliefert werden, so mögen sie sich dafür bei ihren eigenen Parteiangehörigen bedanken, die solche Ansichten geflissentlich gefördert haben.

Bayrisches Recht für Deutschland.

Emmingers Justizverordnungen.

Der bayrische Staatsanwalt Emminger, der gegenwärtig als Reichsjustizminister fungiert, hat die von ihm angekündigte Notreform der Justiz durch zwei Ausnahmeverordnungen auf Grund des § 48 der Reichsverfassung bereits in die Wirklichkeit übergeführt.

Die erste Verordnung gibt dem Oberreichsanwalt die Berechtigung, in den an sich zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörigen Strafsachen wegen Landesverrats und des Verrats militärischer Geheimnisse die Verhandlung an ein Oberlandesgericht zu verweisen. Auch das Reichsgericht selbst kann eine solche Ueberweisung aussprechen, solange die Hauptverhandlung noch nicht begonnen hat; auch in diesem Fall ist der Antrag des Oberreichsanwalts notwendig.

Die Justizministerien der einzelnen Länder können ein bestimmtes Oberlandesgericht als dasjenige bezeichnen, dem alle derartigen Aufgaben zuzuteilen sind. An dessen Stellen kann, wie es im Schlußsatz des § 3 heißt, auch „das Oberste Landesgericht" treten.

Ein solches „Oberstes Landesgericht" gibt es nur in Bayern.

Auf dem Umwege über die Notverordnung wird also hier dem partikularistischen Streben in Bayern die Bahn geöffnet, dem Münchener „Obersten Landesgericht" in aller Form Rechtens die Befugnis übertragen, in Landesverratsprozessen an Stelle des Reichsgerichts zu amtieren. Bayern hat bisher ja schon seine eigene Rechtspraxis **gehabt und den** Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik durch einen Katzischen Federstrich **ausgeschaltet. Aber daß diese partikularistische Praxis jetzt auch noch einen Schimmer von rechtlicher Basis erhält, dazu war** erst ein bayerischer Reichsjustizminister nötig!

Ebenso schlimm wie diese Ausschaltung des Reichsgerichts ist die durch eine zweite Verordnung verfügte angebliche Beschleunigung des Strafverfahrens. Die Schwurgerichte werden zum größten Teil völlig ausgeschaltet. Straftaten, die sonst zu ihrer Zuständigkeit gehörten, wie etwa Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung, Mord, Totschlag, Raub und räuberische Erpressung werden jetzt einfach den Strafkammern zur Aburteilung überwiesen, soweit nicht sogenannte Sondergerichte in Frage kommen. Allerdings kann die Staatsanwaltschaft oder, nach Eröffnung der Anklageschrift auch das Gericht die Sache wieder dem Schwurgericht überweisen. Aber da die Tendenz der Verordnung nach Emmingers Zeugnis dahin zielt, die Laien aus der Rechtsprechung auszuschalten, dürfte solche Ueberweisung nur sehr selten vorkommen. Um so mehr, als ja beschleunigte Rechtsprechung gefordert wird!

Selbst das Verfahren vor der Strafkammer wird um der „Beschleunigung" willen wichtiger Rechtsgarantien entkleidet. Die Anklageschrift braucht nicht mehr wie bisher die wesentlichen Ergebnisse der stattgehabten Ermittlungen zu enthalten, und der Umfang der Beweisaufnahme wird vom Gericht nach freiem Ermessen bestimmt. Der Angeklagte hat also keinen Anspruch auf Vernehmung der von ihm geladenen Zeugen. Rechtsmittel gegen die Urteile der Strafkammer gibt es nicht, nur ein Wiederaufnahmeverfahren ist zulässig. Allerdings findet dieses auch dann statt, wenn Tatsachen oder Beweismittel beigebracht sind, die es notwendig erscheinen lassen, die Sache im ordentlichen Verfahren nachzuprüfen.

Die bayerische Praxis der „Volksgerichte" die keine Berufung und keine Revision kennen — man denke an den skandalösen Fall Fechenbach und die ebenso skandalösen Urteile gegen die in Niederschönenfeld lebendig Begrabenen —, wird also jetzt durch einfache „Verordnung" über das ganze Reich ausgedehnt. Der Reformator Emminger macht seinem großen Vorbild Kahr also alle Ehre. Es ist schon bedenklich genug, daß die innerpolitischen Kämpfe zur Einsetzung von politischen Sondergerichten zwangen. Aber daß, angeblich der Ersparnis halber, auch im normalen Strafverfahren so gut wie alle Rechtssicherungen beseitigt werden, das konnte doch nur ein bayerischer Staatsanwalt aus der Schule Kahrs fertig bringen.

Ein bayrischer Prozeß.

SPD. München, 27. Dezember.

Am Donnerstag vormittag begann der gegen einzelne Genossen unserer ehemaligen S. A. angestrengte Landfriedensbruchprozeß über den bekannten Zusammenstoß mit einer schwerbewaffneten Abteilung des Bundes „Oberland". Nach der Anklageschrift handelt es sich um einen planmäßigen Feuerüberfall von S.-A.-Mannschaften auf die Oberland-Abteilung, die zu der von ihr in Aussicht genommenen „Wanderübung" nicht fahren konnte, weil diese amtlich nicht genehmigt worden war. Als sogenannter Rädelsführer steht in erster Linie Genosse Lutz unter Anklage, der seit vielen Jahren ein treues Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist und allgemein als braver und anständiger Mensch gilt. Als weiteren Anstifter beschuldigt die Anklage auch den Genossen Gleinser. Der Befehlshaber der ehemaligen S. A., Genosse Buisson, der wegen dieser Angelegenheit wochenlang in Haft war, ist nur wegen Begünstigung angeklagt.

Die Verhandlung leitete der Oberstaatsgerichtsrat Leindecker, unter dessen Führung auch der Fehmemord im „Blücherbund" gerichtlich verhandelt wurde. Die Anklage vertritt der Staatsanwalt Wintersberger, der als Angehöriger der politischen Abteilung der Münchener Stadtkommandantur im Jahre 1919/20 zu den Spitzen des Systems Kahr-Poehner zählte. Die Verteidigung liegt in den Händen unserer Genossen Dr. Hirschberg und Nußbaum.

Der heutige Verhandlungstag war in der Hauptsache ausgefüllt mit der Verlesung der Anklageschrift, der Personalaufnahme und der Vernehmung der Angeklagten. Diese gaben übereinstimmend zu, daß sie die Oberlandabteilung wohl überfallen haben, bestreiten aber, zuerst geschossen zu haben. Sie hätten die Absicht gehabt, die Oberlandleute nur zu beobachten, nachdem von dieser Seite ein Ueberfall auf das Vereinslokal der S. A. zu befürchten war, was damals schon mehrmals vorgekommen war. Weiterhin wollten sie dann die Oberländler von der geplanten Strafexpedition gegen die Bergarbeiter in Kochel abhalten. Bereits im jetzigen Stadium des Prozesses wurde objektiv festgestellt und vom Anklagevertreter zugegeben, daß im Laufe des mehrstündigen Feuergefechts die Oberlandleute sich schwerer Ausschreitungen gegen die unbeteiligte Bevölkerung haben zuschulden kommen lassen. — Zu dem Prozeß sind mehrere Tage angesetzt.

Die neue Ordnung in Europa.

Der französische Ministerpräsident hat am Donnerstag mit dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Benesch einen Vertragsentwurf vereinbart, dessen Ziel angeblich „die Erhaltung der neuen Ordnung" in Europa sein soll. Es handelt sich nach den bisherigen Verlautbarungen um ein Defensivbündnis, das Frankreich und die Tschechoslowakei verpflichtet, die internationalen Verträge zu sichern. Schon daraus ergibt sich, daß dieses Bündnis in erster Linie im französischen Interesse geschlossen wird und gewissermaßen zugunsten Frankreichs für die Zukunft vorbauen soll. Man geht sicherlich nicht fehl in der Annahme, daß es sich in erster Linie um einen Vertrag handelt, der durch das Ergebnis der englischen Unterhauswahlen hervorgerufen worden ist. Tatsächlich besteht in maßgebenden politischen Kreisen Englands ernsthaft die Absicht, eine Aenderung der bisherigen Außenpolitik vorzunehmen, die nicht ohne Rückwirkung auf das englisch-französische Bündnis bleiben dürfte. Frankreich sucht seine Machtstellung deshalb vorzeitig durch Verträge auf dem Kontinent zu sichern. Immerhin ist kaum anzunehmen, daß das Bündnis Prag-Paris jemals große politische Bedeutung erlangt. Gerade die Tschechoslowakei hat in Anbetracht der politischen Lage und aus anderen Gründen wirklich allen Anlaß, die Verpflichtungen des Vertrages nach Möglichkeit niemals praktisch in Anwendung zu bringen.

Regelung des afghanisch-englischen Konflikts.

Paris, 27. Dezember.

Der afghanische Gesandte läßt durch Havas ein Telegramm aus Kabul vom 20. Dezember verbreiten, in dem die Einsetzung einer gemischten Kommission, bestehend aus englischen und afghanischen Vertretern, mitgeteilt wird, die die Zwischenfälle an der indisch-afghanischen Grenze regeln soll. Die Verhandlungen seien im Gange.

Lehren des Ruhrkrieges.

Es sind nun schon drei Monate verflossen, seitdem die Regierung Stresemann den passiven Widerstand im Ruhrgebiet einstellen mußte, ohne daß es in dieser Zeit zu einer völligen Wiederaufnahme der Arbeit in diesem wichtigsten Industriegebiet gekommen ist. Wenn auch ein Teil der Betriebe nach dem Abschluß des Micum-Vertrages allmählich wieder in Gang gesetzt worden ist, so steht heute noch ein großer Teil der Ruhrindustrie still; die Arbeitslosigkeit ist erschreckend groß, und Not und Verzweiflung erheben hier drohender das Haupt als in jedem anderen Teile des industriellen Deutschland.

Es muß loyalerweise festgestellt werden, daß diese krisenhaften Erscheinungen zu einem Teil auf das Verhalten der französisch-belgischen Besatzungsbehörden zurückzuführen sind, die wochenlang die Wiederaufnahme der Produktion und des Verkehrs sabotierten. Zu einem beträchtlichen Teil sind jedoch die jetzigen Schwierigkeiten im Ruhrgebiet, unter denen vor allen Dingen die Arbeiterschaft leidet, auf das Verhalten der Schwerindustrie zurückzuführen. Was sich hier, im Herzen der deutschen Industrie abspielt, ist eines der lehrreichsten Kapitel aus der Geschichte des Klassenkampfes in Deutschland. Wenn von sozialistischer Seite schon bei Beginn des Ruhrkampfes darauf hingewiesen wurde, daß die Unternehmer bestrebt sein würden, die Kosten des Ruhrkampfes auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen, so findet diese Voraussage ihre Bestätigung nicht nur in der Art und Weise, wie die Unternehmerklasse neun Monate lang den Ruhrkrieg vom Staat finanzieren ließ und sich selbst maßlos an den Ruhrkrediten bereicherte, sondern auch darin, daß sie nach der Niederlage im Ruhrkriege alles daran setzt, um die unvermeidlich gewordenen Opfer bei der Liquidation des Ruhrkampfes dem Staat und der Arbeiterschaft aufzubürden.

Die hier wiedergegebene Auffassung wird nicht nur in den weitesten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft geteilt, sie wird auch bestätigt durch die Darstellung objektiv denkender bürgerlicher Beobachter, die Gelegenheit hatten, die wichtigsten Etappen des Ruhrkrieges an Ort und Stelle zu studieren und Einblick zu gewinnen in den inneren Mechanismus des Klassenkampfes, der jetzt mit besonderer Schärfe im Ruhrgebiet tobt. Einer dieser Beobachter, der Sonderberichterstatter der „Frankfurter Zeitung", Dr. Kurt Lachmann, hat jetzt in einer von der Frankfurter Societäts-Druckerei herausgegebenen kleinen Schrift: „Das Schicksal des Ruhrgebietes" die Eindrücke wiedergegeben, die er nach wochenlangem Studium im Ruhrgebiet gewonnen hat. Dr. Lachmann stellt fest, daß man bei der Beurteilung der Lage im Ruhrgebiet nicht nur die jetzigen Schwierigkeiten der Industrie, sondern auch die Vergangenheit berücksichtigen müsse. Die Schwerindustrie habe an der Inflation und Markzerrüttung, die im Gefolge des Ruhrkrieges einsetzten, stark verdient, und zwar in einem Maße, wie kaum je in bester Friedenszeit. Wie aber sind diese Gewinne angelegt?

Zum allergeringsten Teile dürften sie sich heute in liquider Form befinden. Man hat gebaut, viel gebaut im Ruhrrevier. Man hat sich modernste und beste Maschinen angeschafft wie kaum eine andere Industrie in der Welt. Man hat Auslandsbeteiligungen geschaffen, verlorene Posten an fernen Küsten wieder aufgerichtet, man hat Parteien und Zeitungen finanziert, man hat Rohstofflager angesammelt, teils beim Werk selbst, teils in den Hafenstädten.

Mit anderen Worten: Auch von unabhängiger bürgerlicher Seite wird ausdrücklich zugegeben, daß die rheinisch-westfälische Schwerindustrie dank einer Finanzpolitik, die gebührend zu kennzeichnen kaum ein Wort scharf genug ist, in der Lage gewesen ist, aus der ungeheuren Notlage des Reiches, für die jetzt das ganze Volk bluten muß, enorme Gewinne zu ziehen, die die Macht des deutschen Finanzkapitals im Auslande und seinen politischen Einfluß im Inlande ungeheuer verstärkt haben.

Wie skrupellos die deutsche Schwerindustrie handelte, geht aus den einzelnen Etappen ihrer Politik in den letzten Monaten hervor. Unmittelbar nach der Einstellung des passiven Widerstandes versuchten die prominenten Führer der Ruhrindustrie die Unterstützung der französischen Besatzungsbehörden zu gewinnen, um mit ihrer Hilfe den Achtstundentag zu beseitigen. Genosse Wels hat in seiner Reichstagsrede vom 20. November die Tatsache enthüllt, daß die Delegierten der Schwerindustrie am 5. Oktober versucht haben, die Unterstützung General Degouttes bei der Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit zu gewinnen. Nachdem sie als Antwort auf dieses unglaubliche Ansinnen vom französischen General nur einen verächtlichen Fußtritt erhielten, gingen die Ruhrindustriellen zu einer anderen Taktik über. In ihrem Programm von Unna, das am 15. November bekanntgegeben wurde, eröffneten sie die Generaloffensive gegen die Arbeiterschaft, die nun mit allen Mitteln unter die Diktatur des Unternehmerkapitals gebeugt werden soll. Dr. Lachmann kennzeichnet die psychologische Einstellung der Ruhrindustriellen, die zu diesem Vorgehen geführt hat: „Fort mit den sogenannten sozialen Errungenschaften der Revolution! Weg mit der Nebenregierung der Gewerkschaften! Der Marxismus muß sterben!" In stets gleichen Wendungen hörte man diese Parolen aus dem Munde der meisten Industrieführer. Sie sahen die Arbeiterschaft geschwächt, die Kassen der Gewerkschaften leer, die Widerstandskraft in der arbeitenden Masse gelähmt. Aus dieser Situation heraus zogen sie es vor, das Diktat von Unna zu erlassen, statt den Weg der Verhandlungen zu beschreiten. Die Folge war eine weitere Stillegung der Betriebe. Diese Stillegung wurde, wie Dr. Lachmann versichert, auch auf Werke ausgedehnt, die voll mit Aufträgen versehen waren.

Dieses provokatorische Vorgehen der Schwerindustriellen löste naturgemäß in der Arbeiterschaft die heftigste Empörung aus. Sämtliche Organisationen sahen klar, daß die Unternehmer jetzt die Absicht hatten, die Notlage der Ruhrarbeiter auszunutzen, um sie unter das Joch der Vorkriegsarbeitszeit zu beugen und die letzten Reste der sozialpolitischen Errungenschaften der Revolution zu beseitigen. Ging es nicht mit Hilfe der Bajonette General Degouttes, so mußte es gehen mit Hilfe der Stillegung der Betriebe, der Sabotage der Arbeitslosenunterstützung, der zwangsweisen Abschiebung von 30 Prozent der Arbeiterschaft aus dem Ruhrgebiet. Dr. Lachmann schreibt über dieses Programm der Unternehmer:

„Die schönen Worte vom Anfang des passiven Widerstandes sind verklungen. Das, was klarsehende Menschen damals bald befürchteten, ist eingetreten. Die Spannung zwischen Unternehmern und Arbeitern ist zum offenen Kampf geworden. Nur vielleicht in umgekehrter Bewegungsrichtung als zuvor angenommen wurde; denn die Offensive ging von den Unternehmern aus. Es ist eine stille unbarmherzige Schlacht. Ihre Anmarschstraßen sind die verschlungenen Pfade der Psyche, die Generalstäbe bilden die beruflichen Organisationen, ihr Feldgeschrei sind kurze Programme von Schlagworten, die an unsichtbarer Stelle von wenigen Köpfen ausgedacht sind, und vorne an der Front stehen der Polizist und der Arbeitslose. Eine traurige Aufgabe als Deutscher über diesen Kampf zu berichten."

An anderer Stelle schreibt Dr. Lachmann über das Kräfteverhältnis bei diesem Kampf, nachdem er die Argumente der Arbeiterschaft gegen die Aushungerungspolitik der Unternehmer wiedergegeben hat:

„Die Arbeiter haben nur Argumente, die Unternehmer aber haben ein Programm — die ökonomische Macht. Sie wissen: der Hunger ist entsetzlich und eine notwendige Folge der französischen Politik, aber er wirkt auch in dem Sinne, den sie erstreben und für den sie ihre Auffassung von dem deutschen Wiederaufbau geltend machen. Sie meinen, der Hunger und die Apathie der Massen werden die Gewerkschaften zertrümmern. Der Hunger wird die Widerspenstigen zähmen und jene absolute Autorität wieder aufrichten helfen, die dem diktatorischen Geist als Rettung und Glück erscheint. . . . Es steckt viel Kurzsichtigkeit in dieser Politik der starken Hand."

Diese Kennzeichnung von bürgerlicher Seite trifft ins Schwarze, denn die „Politik der starken Hand" ist tatsächlich das Hauptziel, dem die Schwerindustrie ebenso wie der junkerliche Großgrundbesitz zustrebt. Militärdiktatur als Hauptbestandteil der inneren Politik, Unternehmerdiktatur als wichtigster Teil der Wirtschaftspolitik — das ist das Programm der vereinigten kapitalistischen und agrarischen Reaktion in Deutschland. Dieses Programm hat sich nicht nur bei allen Regierungskrisen der letzten Zeit offenbart, es äußert sich in noch viel stärkerem Maße auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik, der Finanzpolitik, der Sozialpolitik. Ueberall sieht sich die große arbeitende Masse, die durch Währungszerfall und Arbeitslosigkeit erschöpft ist, in die Defensive gedrängt, während die kapitalkräftigen Schichten in Stadt und Land mit einer beispiellosen Brutalität die Notlage des Volkes auszunutzen suchen, um ihre politischen Herrschaftsgelüste zu befriedigen.

Unter diesem Leitmotiv vollzieht sich auch die Liquidation des Ruhrkrieges, und es wird noch der größten Anstrengungen der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats bedürfen, um die Anschläge abzuwehren, die in Verbindung mit dem Ruhrkampf gegen Arbeiterschaft und Republik von der Schwerindustrie geplant werden. Die genaueste Kenntnis der einzelnen Etappen des Ruhrkampfes ist deshalb erforderlich, damit die Arbeiterklasse einheitlich und geschlossen die politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen aus diesem Kampfe zu ziehen vermag.

Devisen-Kurse.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		28. Dezember.	27. Dezember.
		(in Millionen)	
Amsterdam	1 fl.	1 596 000	1 596 000
Buenos Aires	1 Peso	1 336 650	1 346 625
Brüssel (Antwerpen) .	1 Fr.	189 525	187 580
Kristiania	1 Kr.	628 438	626 438
Kopenhagen	1 Kr.	751 118	751 118
Stockholm	1 Kr.	1 109 220	1 109 220
Helsingfors	1 finn. Mk.	102 742	108 740
Rom	1 Lire	188 540	188 540
London	1 „	18 254 250	18 254 250
Neuyork	1 Dollar	4 189 500	4 189 500
Paris	1 Frs.	215 956	211 470
Zürich	1 Frs.	738 150	736 155
Madrid	1 Peseta	548 625	550 620
Portugal	1 Escudo	139 650	148 627
Japan	1 Yen	1 945 115	1 975 050
Rio de Janeiro	1 Milreis	393 015	393 015
Wien	1 Kr.	59 451	59 850
Prag	1 Kr.	123 191	123 690
Jugoslawien	1 Dinar	47 481	47 481
Budapest	1 Kr.	217 455	217 455
Bulgarien	1 Lewa	29 125	29 426

Fritz Thyssens Weihnachtswunsch.

Der rheinische Schwerindustrielle Fritz Thyssen, der vor einiger Zeit seine gesamte Belegschaft von 70 000 Mann aufs Pflaster warf, angeblich weil die nötigen Barmittel für ihre Weiterbeschäftigung fehlten, spricht in der „Berliner Börsenzeitung" Weihnachtswünsche aus. Etwa, daß die Folgen der von den rheinisch-westfälischen Eisenmagnaten nicht ganz unverschuldete Ruhrbesetzung möglichst bald überwunden werden? Oder, daß die Zehntausende von Gefangenen und Ausgewiesenen, die nicht wie er mit einer bloßen Geldstrafe davongekommen sind, amnestiert werden? Weit gefehlt! Sein sehnlichster Wunsch ist, „daß das deutsche Volk die Leistungen der Novemberrepublik nach Gebühr würdigen wird".

Derselbe Herr hat es aber im Frühjahr 1919 nicht verschmäht, sich auf Kosten des Staates als Sekretär eines Ministers jener „Novemberrepublik", des Reichspostministers Giesberts, nach Versailles mit der deutschen Friedensdelegation schicken zu lassen. Seine dortige Tätigkeit bestand vornehmlich darin, gute Ratschläge für die Erhaltung der Thyssenschen Erzbesitzungen im Saargebiet und in Lothringen zu erteilen; das sind seine Leistungen für die „Novemberrepublik".

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

1690

Spanetti

die beste Milch-Schokolade

Kees Doorik.

Ein flämischer Sittenroman
von Georges Eekhoud.

Schluß.

Der kleine Poxtausend amüsierte sich noch besser als bei dem gestrigen Rennen. Es war ein kostbareres Blut als das einer Gans, das der braunen Hose des Knechtes jenes schreckliche rostfarbige Aussehen verlieh. Mit grinsendem Lachen sagte er zu Kees:

„Sag mal, Krauskopf, mein großer Freund, da liegst du schön im Dreck! Jetzt gehts nach der Herberge der Regierung in der Beghinenstraße . . . Glückliche Reise, mein Jungel"

Annemie, noch auf einer Sprosse der Leiter stehend, verhüllte sich noch immer das Gesicht und brachte nichts hervor als das Wort:

„Gott! . . . Gott! . . . Gott! . . ."

Der heuchlerische Wannes Andries wagte zwar nicht zu lachen, aber er hätte es ebensogern getan wie sein ältester Bube. Er nahm wieder sein Totengräbergesicht an, blieb neben seiner Schwester stehen, um sie zu trösten — aber diese schien nicht darauf zu hören.

In den umherstehenden Gruppen erzählte Hein Vlogel wie man den Körper des armen Jürgen, des Einlaßkönigs der Gänsereiter, aufgehoben hatte, wie er dagelegen, mit einem Bein über dem andern, welche Farbe sein Gesicht hatte, wieviel Löcher man an ihm zählte, und aufgeregt durch diese Einzelheiten, heulten die Dorfbewohner:

„Nieder mit ihm! Nieder mit dem Mörder!"

Die Truppe des kleinen Poxtausend war schon vollzählig herbeigekommen und zeichnete sich durch ihr wildes Geschrei aus.

„Bringt ein Seil!" schrie Chiel Dhaenens.

Dieser Rotkopf, der Sohn des Kupferschlägers, war ebenfalls Mitglied der Amicitia und war stets der Nachbar Kees' an den Probeabenden gewesen. Das pausbäckige, jetzt langgezogene Gesicht seines Kameraden rief in dem kranken Gehirn des Missetäters wieder die friedlichen Bilder aus den früheren Uebungen der Amicitia wach.

Aber die Rufe: „Nieder mit dem Mörder!" wurden immer lauter und rissen den Krauskopf schon gleich wieder aus seinen Betrachtungen.

„Hört, Freunde," sagte er, „der Kamof war redlich . . . Ich schwöre es . . . Er selbst würde es euch sagen . . . Jürgen war es, der sein Messer gegen mich zog . . . Ich habe mich nur verteidigt . . ."

Ein spöttisches Hohngelächter übertönte seine Worte.

„Das mußt du den Herren von Antwerpen erklären, mein Junge!" bemerkte Wannes Andries ganz ernst, mit einem heimtückischen Lächeln, während sein falsches Gesicht einen drohenden Ausdruck annahm.

Man konnte noch nicht nach dem Gemeindehause aufbrechen. Der Schöffe Arrewyn berichtete, die für die Verbrecher vorgesehene Zelle müsse erst ausgeräumt werden, da der Sekretär Lieter einen Vorrat von Kohlen und Kartoffeln darin hatte. Die Zelle war nie zu einem andern Zwecke benützt worden. Seit einem halben Jahrhundert war es das erstemal, daß ein Verbrechen auf dem Gebiete von Dingbelaar begangen wurde, und der Mörder war noch dazu ein Fremder. Die Aufregung der Bauern war so groß, daß man fürchtete, der Mörder würde unterwegs umgebracht oder noch aus der Zelle herausgerissen werden, da dieselbe, wie Arrewyn versicherte, gar nicht solid war. Der Neid und die Feindschaft gegen Kees, die mit den Jahren zugenommen hatten, aber nichts gegen den Jungen, der sich stets tadellos betrug, vermocht hatten, erwachten jetzt bei dessen Kameraden zu einem unversöhnlichen Hasse, und man hörte nicht nur den Ruf: „Mörder!" sondern auch noch dieselben Schimpfwörter wie früher: „Verfluchter Bastard!" — „Verkommener Signor!" — „Sohn einer Hündin!"

„Da ist der Pfarrer!" murmelten auf einmal mehrere Stimmen.

Die Meute der Kläffer, die der Feldhüter nur mit Mühe zurückhalten konnte, wich um ein paar Schritte zurück, und man schwieg.

Ein Priester mit weißen Haaren, mit einem sanften, nachdenklichen Gesichte kam mühsam heran, indem er sich auf seinen Hakenstock stützte. Seine Pfarrkinder traten zurück, um ihn durchzulassen, und die Männer lüfteten ihre Mützen, indem sie ihn mit einem verschmitzten Auge anblickten, als wollten sie sagen: „He, Herr Pfarrer, das hatten Sie nicht erwartet!"

Es war in der Tat derselbe Priester, der Kees bei seiner ersten Kommunion gekleidet und der ihn den Katechismus gelehrt hatte, in welchem es heißt: „Du sollst nicht töten!"

Während das ganze Dorf dem aus der Stadt verwiesenen Jungen nur Kränkungen zugefügt hatte, war dieser Paria der Günstling des heiligen Mannes gewesen.

Was sollte nun der Mann Gottes zu dem Sünder sagen? Die mitleidigen Seelen freuten sich heimlich darüber und waren gespannt, welchen Ausgang diese interessante Begegnung nehmen würde.

Der Pfarrer, der eben erst den Ermordeten im Totenhause auf dem Kirchhof gesehen hatte, näherte sich seinem elenden Schützling.

„Unglückliches Kind!" sagte er, „Gott habe Mitleid mit dir."

Seine ernste Stimme blieb zärtlich und gefühlvoll wie früher. Der Missetäter fand wieder Tränen und senkte den Kopf. Der Priester aber — und das wurde ihm später noch lange vorgeworfen — streckte die Hände über ihn aus, wie wenn er ihn freisprechen wollte.

Dann wandte sich sein heller blauer Blick, der gewohnt war, in die Gewissen hineinzudringen, nach der Frau, die hinter dem Mörder zusammengebrochen dasaß, und er erriet, wer wohl am meisten für diese entsetzliche Tat verantwortlich sein mochte.

Auf den Rat des Pfarrers entschloß man sich, den Gefangenen anderswohin zu führen. Endlich kamen zwei Gendarmen in aller Eile von der Grenze an. Beide trugen die Flinte quer über der Schulter, während ihre Mütze mit der weißen Quaste ihnen übers Ohr hing.

Sie nahmen Kees beim Arme.

„Darf ich bitten, Kamerad?" sagte der eine, ein spöttischer Wallone, indem er die Handfesseln aus der Tasche zog.

Beim Berühren dieser Uniform zitterte der Knecht, und er verstand, was ihm jetzt geschehen würde. Er ließ sich die Hände binden.

„Vorwärts!" befahl der Unteroffizier, indem er ihn ein wenig mit dem Kolben zwischen die Schultern stieß.

Kees ging fast entschlossen vorwärts. Es entstand ein Gedränge unter den Leuten. Die Gendarmen hielten die Vorwitzigen zurück. Hinter dem ehemaligen Knechte des Weißhofes gingen der Pfarrer, der Bürgermeister, der Schöffe und der Feldhüter.

Als sie durch den Schuppen kamen, wandte sich Kees noch einmal nach der geliebten Meisterin um. Ein geheimnisvoller Drang hatte sie bewogen, sich aufzurichten und sich bis an die Schwelle des Stalles zu schleppen, und nun blieb sie stehen, und sie begriff, an was der herzzerreißende Blick des Unglücklichen sie erinnern wollte.

In einer Minute erlebte sie wieder jenen Herbstabend, an dem sie von derselben Stelle aus ihm mit begehrlichen Blicken gefolgt war, als er so munter und so tüchtig arbeitete, während sein Schatten sich auf der von der Abendsonne geröteten Mauer abzeichnete.

Auch heute betrachtete sie ihn wieder wie fasziniert, und sogar, als er sich abgewandt hatte, konnten ihre träumerischen Augen sich nicht mehr trennen von dem armen Teufel, dessen lockiges Haupt über die wogende Menge von gewöhnlichen Köpfen hervorragte wie ein Wrack über die Wellen des Meeres.

Eine ganze Schar von Buben — der kleine Poxtausend an der Spitze — verfolgte den Gefangenen und warf mit Steinen und mit Rasenstücken nach ihm, indem sie schrieen: „Hawurrt! Hawurrt!"

In dem Weißhofe blieben nur noch die Witwe Annemie, und hinter ihr ihr würdiger Bruder Wannes, der sie mit einer teuflischen Freude beobachtete.

Kees war verschwunden. Sie aber blickte noch immer vor sich hin, auf die Mauer der Scheune.

Es war ein sanfter, angenehmer Morgen, der sich inzwischen erhoben hatte. Der dichte Nebel, in dem die Sonne Silbertröpfchen erglänzen ließ, stieg nach und nach in die Höhe. Ueberall spürte man, daß der junge Saft aus der Erde stieg und daß der April mit seinen lauen, weichen Lüften gekommen war.

Und die Witwe sagte sich, jetzt würde sich alles im Polder verjüngen, sie aber könne nie mehr mit den anderen Geschöpfen in das Konzert des Frühlings einstimmen. Eine Leiche und ein Gefangener, diese beiden Kräfte, die ihretwegen vernichtet waren, trennten sie auf immer von der zeugenden Natur. Nichts regte sich mehr in ihrem Schoße; auch das Kind des Jürgen war tot.

Für die 10009

Silvesterfeier!

Rotwein 1/1 Fl. einschl. Steuer **Mk. 1.20, 1.38 u. 1.68**
Weißwein „ „ „ **Mk. 1.20, 1.56 u. 1.80**

1921er Liebfraumilch Mk. 1.68

Tafel-Aquavit . . . . . **Mk. 2.20**
Hartwig's Jamaica-Rum-Verschn. „ **2.50**
Hartwig's Weinbrand-Verschn. „ **2.50**
Rückforth-Liköre Mk. 5.00
Hartwig's gebr. Kaffee.
Gemüsekonserven, Fruchtkonserven.

Ludw. Hartwig
Obertrave 4.

„Jenßens-Lebensmittel" 10041

Neujahrs-Angebote
Billig! **aller Art** **Billig!**

Spezialität: fr. Meierei-Butter ℔ 2.25 Mk. Delik.-Würstchen Paar 40 ₰

Dänische Butter	℔ 90 u. 75 ₰	Speck gef.	℔ 85 ₰, ger. 1.00 M
Margarine F.	℔ 55 u. 60 ₰	Cornedbeef	℔ 80 ₰
Schweineschmalz	℔ 90 ₰	Milch (kondens.)	Dose 55 ₰
Blockschmalz	℔ 105 ₰	Kakao, Kompfitüren, Marzipan,	
Speisefett	℔ 72 ₰	Honig, Liköre, Zigarren, Zigaretten	
Palmin	℔ 68 ₰	Tabak usw.	Telephon 2970.

Lübeck, An der Mauer 34 (Ecke Hüxstr.)

Sie finden:

Spirituosen Weine u. Liköre

in großer Auswahl
in allen Preislagen
in bekannt guter Qualität 10020

im Lübecker Weinhaus

Otto Voigt
Fleischhauerstraße 14.

Stadthallen-Restaurant
Inh.: Carl Hanschen. Telephon 396.

Gr. Silvesterfeier

in den festlich dekorierten Räumen (Dekoration: Fr. Egger).

2 Kapellen.

Im „Weißen Saale" spielt das Orchester der Stadthallen-Lichtspiele unter persönlicher Leitung des Kapellm. Fr. Gödel, im Restaurant die Hauskapelle.

Kein Weinzwang! Tischbestellung rechtzeitig erbeten!

Morgen Sonntag und Neujahr: (10034

Vornehmes Kränzchen.

Trocadero.
Telephon 787. (10006

Große Silvester-Feier!

Tischbestellungen rechtzeitig erbeten.

Moislinger Baum.
Direkte Endstation der Linie 9.
Morgen Sonntag, Anfang 4 Uhr:

Vornehmes Tanzkränzchen

verbunden mit heiteren Künstler-Vorträgen unter Mitwirkung erster Hamburger Künstler, wie Frl. Erika Reinhardt, Solotänzerin, Walter Heger, Universalkünstler, sowie der beliebt. Stimmungs-Kanone

Egbert Sommer.

Montag, Anfang 7 Uhr. — Ende ?? (10040

Große Silvester-Feier

unter Mitwirkung obiger Künstler.

Moderne Tänze. Künstler-Kapelle. Leitung: Herr Karl Stuht. Spez.: Silvester-Bowle, sowie Ia. Berliner Pfannkuchen. Sämtliche Speisen und Getränke sind im Preise ermäßigt. Für nächtliche Rückbeförderung durch die Straßenbahn ist gesorgt. **Rudolph Jäde.**

Verlobungsringe
Armbanduhren empf.
Willi Westfehling
32 Holstenstr. 32

Silvester-Feier
Konditorei und Kaffeehaus

Starke

KONZERT

Spezialität am Silvester
von 11 Uhr vormittags ab:
Hamburger Apfel-Pfannkuchen und Berliner.
Von 8 Uhr abends ab:
Eisfrüchte Lübecker Art, Silvester-Halbgefrorenes.
10008) **Reinh. Starke.**

Weißer Engel. Jeden Sonntag (9992 **Tanzkränzchen.**
Am 31. Dezember:
Großer Silvesterball.

KOLOSSEUM.

Große Silvester-Feier

mit Ueberraschungen.

2 Kapellen

Jeder bekommt ein Festgeschenk.

Telephon 8922. **Joh. u. R. Mittag.** 10007

Silvester-Ball 1923
im groß. Saal des Gewerkschaftshauses
Gute flotte Ballmusik.
Anfang 7 Uhr. **Ende ?**
Alle Partei- und Gewerkschaftsfreunde sind hierzu freundlichst eingeladen. (1001
Der Festausschuß des sozialdemokratischen Vereins

Fledermaus

Die bekannte

Silvesterfeier.

Das große Dezember-Programm.

Ueberraschungen. — Tanz. 10012

Anfang 8.30 Uhr.
Eintritt inkl. Steuer 4 Mk.
Tischbestellungen Bureau Breite Str. 47, I.

Gewerkschaftshaus

Silvester und Neujahr:
Treffpunkt der Gewerkschaftler und der Parteigenossen
*
An beiden Tagen:
Unterhaltungsmusik (10027

Café Vaterland
Tel. 1361. **Mühlenstr. 46.**

10036) Große

Silvester-Feier.

Achtung Raucher!

Tabak billig

ff. dunkler Shag 50 Gramm **25** Pfg. | Kautabak 2 Schleifen **18** Pfg.
ständig zu haben (10011

Ernst Burmeister.
Zigarren-Spezial-Geschäft
Untertrave 70. Fernsprecher 8191.

Kohlen
Koks
Briketts
Grude
Braunkohlen
Holz

empfiehlt frei Haus und ab Lager

Hans Lübcke
Wickedestr. 33-35.
Telephon 2378.

Ich gebe laufend ab zu billigsten 9987) Engros-Preisen:

Prima geräucherten fetten Speck, sowie geräucherte Schweinsbacken

u. suche noch einige regelmäßige Abnehmer.

Brodesstr. 4. Fernsp. 2107. **H. F. Hassel jr.** Lager: Schlachthof.

Promenaden-Café.
Breite Straße 65. — Telephon 415.

Große Silvester-Feier

10004) **mit Ueberraschungen.**
Tischbestellungen rechtzeitig erbeten.

Meiner werten Kundschaft ein
fröhliches Prosit Neujahr!

Café Astoria.
9985) Telephon 8500. — Holstenstraße.

Gr. Silvester-Feier

Tischbestellungen rechtzeitig erbeten.

Kolosseum.
10009 Heute Sonnabend u. morg. Sonntag:

Großer Ball.

Kassenöffnung 6½ Uhr. **Joh. u. R. Mittag.**

Achtung!

Sozialdemokr. Partei Seeretz-Dänischburg.
(10000
Am Montag, d. 31. Dez.
Große
Silvester-Feier
in sämtl. Räumen des Gen. **E. Cords**
bestehend in Gesang, Festrede, Theater und
BALL.
Anfang 6 Uhr.
Kassenöffnung 5½ Uhr.
Hierzu laden freundl. ein
Das Komitee und E. Cords.

Freier Wassersport-Verein Lübeck e. V.

Großer (10032
Silvesterkommers
im Arbeiter-Sportheim Hundestraße 41.

Friedrich-Franz-Halle.
Sonntag: Tanz.
Montag, den 31. Dezbr.
Großer Silvester-Ball.
Um 12 Uhr: Abschied des alten Jahres mit Ueberraschung. (10046
Anfang 7 Uhr. Ende ?
Am Neujahrstag: **Tanz.**
Eintritt frei. Eintritt frei.

Café Bernhardt
Fackenburger Allee 9.
Täglich nachm. 9993) u. abds.: **Konzert.**

Fledermaus
8 Uhr.
0989)

Hansa-Theater.
Heute Sonnabend 7½ Uhr: (10026
Zum letzten Male:
Die geschiedene Frau.
Sonntag, Montag und Dienstag 7½ Uhr:
Auf vielseitigen Wunsch
Das Schwarzwaldmädel.
Operette in 3 Akten von Leon Jessel.
Sonntag und Dienstag nachmittags 3 Uhr:
Kinder-Vorstellung
zu ganz kleinen Preisen
Dornröschen.

Stadttheater Lübeck.
Sonntag, 3 Uhr:
Das gewandelte Teufelchen.
7½ Uhr: **Der Mann im Mond.**
Montag (Silvester), **7** U.
Gastspiel von **Elsa Buchholz** (10017
Die Fledermaus.
Gutscheine haben keine Gültigkeit.

Lübecker Volksbote

Beilage. Sonnabend, 29. Dezember 1923. Nummer 297.

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 29. Dezember.

Bürgerliche Sammlungspolitik.

„Ich liebe dir, ich liebe dich,
Wie's richtig is, das weiß ich nicht,
Und's is mich auch Pomade —
Ich lieb nicht auf den dritten Fall,
Ich lieb nicht auf den vierten Fall,
Ich lieb auf alle Fälle —"

Und so kamen sie alle im Marmorsaal zusammen, heimlich, still und leise, „streng vertraulich". Sie waren geladene Gäste des Oberhauptes der „demokratischen Republik Lübeck". Der Zweck war, die bestehende sozialdemokratische Mehrheit zu beseitigen. Man sagte das aber nicht, sondern sprach von dem Fall Leber. — Wer waren die Gäste? — Es waren erschienen die Vertrauensleute und Vorsitzenden der verschiedenen bürgerlichen Parteien, es kamen die Vertreter der Kaufmannschaft, der Industrie und des Handwerkes, es marschierten auf die Häupter der politisch neutralen Gewerkschaften, als da sind der Gewerkschaftsbund, der D. H. V. und der Lübecker Beamtenbund, und dann kam die Menge der Heerscharen, die Oberhäupter von Sänger- und Kegelvereinen. Alle, alle waren da und vernahmen die frohe Kunde: es geht los am 6. Januar! Aber etwas länglicher wurden die Gesichter, als die Frage des Bezahlens kam. Denn man wollte Geld! Und keiner der Leutchen zahlt gerne etwas auf einen so ungewissen Wechsel! Und die Vertreter der politisch neutralen Organisationen mögen einsehen, wie sie fertig werden. Die Herren vom D. H. V. ließen in ihrer letzten Versammlung schon Bögen herumgehen. Der Erfolg war aber nach Pokorny „nicht mal Index!" Und wenn man erst im Lübecker Beamtenbund anfängt, kann es noch heiterer werden. Die Beamten erhalten ja so große Gehälter, daß sie für die Bekämpfung der Sozialdemokratie, die die Arbeiterinteressen verficht, gewiß viel übrig haben werden! Aber man versucht es erst einmal, und hohe Beamte versuchen auch bereits ihr Heil und reden zunächst gegen die rote Flut, reden dort gegen den Genossen Leber, was praktisch auf dasselbe hinausläuft.

„Die Liebe höret nimmer auf!" — Ich aber fürchte, diese Liebe wird ein furchtbares Ende mit nachfolgendem Katzenjammer nehmen. Denn sie ist nicht rot wie Blut, sondern schwarz wie die Nacht. Die Zuneigung fehlt von jeder Seite, die Ehe ist daher ausgeschlossen — und ein Verhältnis ist nach bürgerlicher Moral immer unmoralisch, ja schmutzig. Aber wir sind auf die Verhältnisse gekommen. Wie ergeht es erst den Demokraten. „Was sagst du, lieber Leser? Es gibt keine Demokraten in Lübeck?" — Wahrhaftig, du hast recht! Die Herrschaften, die in den demokratischen Fraktionen der Bürgerschaft sitzen, sind Vertreter des Großkapitals und unterscheiden sich von den Vertretern der deutschen Volkspartei durch nichts, oder es sind Stimmenfangkandidaten für Beamte, die von der Fraktion stets im Stiche gelassen werden, wenn es um die Interessen ihrer Wähler geht. Arbeitnehmerpolitik vertreten in Lübeck nur die Sozialisten!

„Aber trotzalledem! Wir stehen fest und treu zusammen, wir Bürgerlichen! Wir werden es den Sozialdemokraten schon zeigen am 6. Januar!" — So gellt es überall, so schallt es aus allen dunklen Ecken und Spießbürgerkneipen heraus. Gemach, gemach! Zetert ruhig weiter. Und ihr, denen das Großkapital das Bischen Hab und Gut weggekapert hat, haltet treu zu eurem Verhältnis, das euer Verhängnis werden wird. Und Ihr, Angestellte, Arbeiter und Beamte, denen man gerade jetzt so großes Wohlwollen entgegenbringt, betrachtet eure sauer verdienten Bettelpfennige, dankt euren Herren und Meistern und sorgt dafür, daß das Kapital weiter verdient und herrscht. Seht eure erkämpften Tarife an und — wenn ihr vor Hunger schon sinnlos geworden seid — so stimmt mit „Nein!"

Wer aber die Zusammenhänge erfaßt hat, wird sich für diese bürgerliche Mischmaschpolitik, die immer gegen die Arbeitnehmerschaft marschiert, bedanken und am 6. Januar Abrechnung halten. Ein vieltausendfaches Ja wird klare Bahn für eine aufrechte Politik schaffen. Es geht um unser Recht! Es geht um wahre Demokratie!

Ja! Ja! Ja!

Putorius.

Die vorausschauende Tätigkeit der Arbeitsbehörde, die Direktor Dr. Link so gut zu preisen versteht, fand am Tage nach Weihnachten wieder eine nette Beleuchtung. Es meldeten sich am Donnerstag einige hundert Leute, die zu den Festtagen Arbeit gefunden hatten, erneut erwerbslos an. Um die Aufnahmen einzutragen, war ein einziger Beamter oder Angestellter anwesend, was zur Folge hatte, daß die Leute wieder stundenlang warten mußten. Ein uns bekannter Parteigenosse stand von 11¼ bis 3,10 Uhr bis er an die Reihe kam. Erst gegen Mittag wurde ein weiterer Beamter mit den Aufnahmen betraut. Es war gar kein Zweifel, daß nach den Festtagen ein größerer Andrang stattfinden würde. An Raum, noch mehr zu beschäftigen, mangelt es nicht. Aber man sieht hier wieder einmal, wie wenig vorausschauend manchmal Leute sind, die glauben, daß alles gut in ihrem Himmelreich sei.

Weltschiffbau im 3. Vierteljahr 1923. Nach Lloyds Register war am 30. September der Hauptbestand für Handelsschiffe nur in folgenden Ländern um ein geringes höher als am 30. Juni: nämlich in Japan um 5000, in Holland um 4500, in Italien um 4000, in Dänemark um 3000, in Belgien um 1000 Brutto-Registertonnen. Die übrigen Länder weisen sämtlich gegen Ende des zweiten Quartals einen Rückgang ihres Baubestandes auf, und zwar den stärksten England und die Vereinigten Staaten mit einer Abnahme von 66 000 bezw. 34 000 Brutto-Registertonnen. Von den am 30. September im Bau befindlichen Handelsschiffen waren Motorschiffe: in Schweden 5 Achtel, in Dänemark 3 Achtel, in Deutschland 1 Viertel, in England und Holland je 1 Fünftel, in Italien und Norwegen je 1 Siebtel, in den Vereinigten Staaten 1 Achtel, in Japan und Frankreich je 1 Siebenzehntel des Gesamtbaubestandes an Handelstonnage zu dem genannten Zeitpunkt. Brasilien hatte am 30. September ausschließlich zwei Motorschiffe von zusammen 4400 Brutto-Registertonnen im Bau.

Miete für möblierte Zimmer. Das Einigungsamt schreibt: Nach der Senatsverordnung vom 22. Dezember 1923 kann der Vermieter einer Wohnung vom 1. Januar 1924 ab 20 Prozent der Friedensmiete als Goldmiete gegenüber 16 Prozent für den Monat Dezember 1923 verlangen. Eine Erhöhung der Anfang Dezember 1923 veröffentlichten Mietsätze für möblierte Zimmer erscheint nicht gerechtfertigt, weil die Untermiete so bemessen ist, daß der Untervermieter in ihrem Rahmen auch die obenerwähnte Mieterhöhung tragen kann. Die Untermieter möblierter Räume haben also für den Monat Januar 1924 in der Regel den gleichen Betrag zu entrichten, den sie für den Monat Dezember 1923 zahlten.

Der Niedergang des Bürgertums.

Das deutschvolksparteiliche Gauklerspiel im Kolosseum — eine Riesenblamage.

Die Stichzeile stammt nicht von uns. Sie entflog dem Denkerhirn eines Vorkämpfers bürgerlich-schwerkapitalistischer Staatsweisheit. Der Mann konnte einmal andere Gedankenkringel ziehen. Wenn wir diese Ueberschrift für die Kolosseumversammlung trotzdem gewählt haben, dann nur deshalb, weil die vom Bürgertum veranstaltete Affenkomödie tatsächlich und aufs genaueste die Richtigkeit bürgerlicher Geistesarmut bewies. Wir werden uns an dieser Stelle mit der kritischen Würdigung der von den bürgerlichen Parteien einberufenen Versammlung zum Volksentscheid nicht lange aufhalten — das geschieht im politischen Teil —, aber bekunden müssen wir doch, daß uns eine so jämmerliche Einleitung eines bürgerlichen Wahlkampfes in Lübeck in den zwei Jahrzehnten noch nicht vorgekommen ist wie am Freitag abend.

Der bürgerliche Mischmasch hatte ausgerechnet dem ehemaligen Reichstagskandidaten der Freisinnigen Volkspartei, Herrn Lehrer Dühring, die Eröffnung übertragen, jenem arroganten Herrn, der vor vielen Jahren just an derselben Stelle in seiner **Eigenschaft als Reichstagskandidat erklärte, daß er mit den politischen Verhältnissen nicht so ganz genau Bescheid wisse.** Und nun, nach 15 Jahren bekundete dieser Jugenderzieher, daß er **absolut nichts dazu gelernt hat,** es sei denn, man rechne ihm seine Entwicklung vom **Fortschrittswann zum deutschvölkischen Jugendchorführer** als geistigen Höhenflug an. Mit einer Anmaßung sondergleichen versuchte Herr Dühring die große Versammlung zu schulmeistern, nur weil diese die Anrempeleien dieser Größe nicht widerspruchslos entgegennahm. Das war der Ton altpreußischer Schnoddrigkeit, mit dem das deutsche Volk bevormundet wurde und der zeigte, wie wenig die bürgerliche Gesellschaft die staatspolitische Entwicklung des arbeitenden Volkes zu würdigen weiß. Die Allerweltsklugen bilden sich ein, ihre eigene Rückständigkeit sei auch bei den durch die harte Tatsachenschule gepeitschte Arbeiterschaft noch zu finden.

Das geistesarme Bürgertum schob als weiteres Weltenwunder einen Pastoren in die politische Arena, Herrn Pautke, der mit tollen Bocksprüngen die Richtigkeit des Goethewortes bewies, daß dort, wo Begriffe fehlen, zu rechter Zeit ein Wort sich einstelle. Als weiterer Fechter trat Herr Handelskammersyndikus Dr. Keibel auf. So glitzerte durchs Ganze der deutschvolksparteiliche Theatertrick. Was Wunder, daß diese windige Operettenfarce von den hart auf die Geduldsprobe gestellten Zuschauern mit Protesten lebhaftester Art durchsetzt wurde, und daß sich der Unwille zum Schluß steigerte, als der volksparteiliche Trabant und Hausbesitzer Hefti seine Rede mit einer Verleumdung des Genossen Dr. Leber begann! So haben es sich die ungeschickten Theatermacher selbst zuzuschreiben, wenn der Referent Dr. Keibel sein Schlußwort nicht mehr halten konnte. Viel verloren wurde deshalb nicht, denn jeder Versuch, die Ausführungen der sozialdemokratischen Sprecher Dr. Leber, Dreger und Haut nach volksparteilicher Manier zu verschandeln, wäre doch vergebliches Bemühen gewesen.

*

Dr. Keibel als erster Redner bestritt zunächst die im Volksboten aufgestellte Behauptung, daß die Handels- und Gewerbekammer 100 000 Goldmark für den Wahlkampf gestiftet habe. Dann ließ sich der Redner über die Wichtigkeit der Wirtschaft im Staate aus und begründete seine Ausführungen in allgemein bekannten volksparteilichen Redensarten. Das Kapital habe entsetzlich gelitten und sei verarmt, es habe kein Geld mehr, um es in wirtschaftlichen Werten anzulegen. Auch die neuen Steuern griffen schwer in die Substanz ein, die durch die Markentwertung so schon verringert worden sei. Hauptschuld an allem sei der Vertrag von Versailles und der Einbruch ins Ruhrgebiet. Um eine Verständigung habe man sich immer bemüht, aber man könne auch nicht andauernd den Forderungen der Feinde nachgeben. Weiter sang der Redner das Scharfmacherlied von der notwendigen Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Zurückschraubung der eigenen Ansprüche. Die andauernde Bevormundung der Wirtschaft und die Sozialisierungsversuche hätten die Wirtschaftskreise an ihrer Entwicklung gehindert. Die Leiter der Wirtschaft hätten durchaus nicht versagt. Zu begrüßen sei, daß sich die Regierung von den Parteistreitigkeiten des Reichstages losgesagt habe. Seitdem die Sozialdemokratie aus der Regierung ausgetreten sei, bemerke man ernste und positive Arbeit an Stelle des planlosen Dahinwurstelns. Eine notwendige Folge dieser Arbeit sei ein Einfügen der Landesregierungen in die Reichspolitik. Das sei von dem jetzigen Lübecker Senat zu erwarten. Lübeck habe stets die Reichsgesetze respektiert und durch seine Politik den notwendigen Kredit gefunden. Das bewiesen die drei Anleihen der letzten Jahre im Betrage von mehreren Goldmillionen. In der Steuerfrage müsse er bestreiten, daß man in Lübeck von einem Steuerskandal reden könne. Die Gewerbesteuer sei nicht die Hauptsache, sie habe nur ein Zehntel der Steuern aufgebracht. Handel und Gewerbe hätten sich nicht gegen die Aufwertung der Steuer ausgesprochen und man dürfe nicht vergessen, daß Wirtschaft und Besitz auch noch mit anderen Steuern belastet würden. Die Betriebe bezahlten mehr Steuern als die Arbeiter. Der hohe Anteil von neun Zehntel der Steuern, den die Arbeiter getragen hätten, habe nur für eine Uebergangszeit gegolten. Der ganze Schaden resultiere aus der Erzbergerschen Steuergesetzgebung (Zuruf: Deshalb habt Ihr ihn erschossen!), durch deren Zentralisierung sich die Einziehung verzögert hätte. Ein sozialistisch-kommunistischer Senat wolle nur die Zitrone ausquetschen, er werde mit der Reichsregierung nicht konform gehen und ebenso abwirtschaften wie die linksgerichteten Regierungen in Sachsen, Thüringen, Bremen und Bayern. Von einem sozialistischen Senat könne man ein Verständnis für die Notwendigkeiten des Staates nicht erwarten. Im Reich hätten sich die Sozialdemokraten aus der Regierung entfernt als es brenzlich wurde. Man versuche jetzt in Lübeck den notwendigen Beamtenabbau der Deutschen Volkspartei in die Schuhe zu schieben. Ein sozialistisch-kommunistischer Senat werde weder im In- noch Auslande Kredit erhalten, das Mißtrauen des Auslandes werde sich dann auch auf Lübeck ausdehnen, die fremden Schiffe würden unseren Hafen meiden. Lübeck könne nur gedeihen, wenn der Senat von politischem Einfluß freibleibe. Jetzt seien wir im Begriff wieder aufzubauen, da könne man keinen Radikalismus brauchen.

*

Pastor Pautke versuchte die Frage: „Volksentscheid und Arbeiter" zu lösen. Der Senat habe den Forderungen der Bürgerschaft stets ein gutes Ohr verliehen. So in der Entfernung der Kaiserbilder. Die Schulbücherfrage habe man nicht sofort lösen können, weil es an Ersatz mangelte. Die Amtsblattfrage sei ebenfalls nach Wunsch der Bürgerschaft erledigt worden. Des weiteren läßt sich der Redner unter großem Widerspruch über die Vorgänge in den Augusttagen aus. Auch hier habe der Senat in allem bis auf die Bestrafung der drei Beamten ohne Untersuchung nachgegeben. In der Gewerbesteuer habe der Senat einen Ausgleich versucht, aber der Marksturz habe den guten Willen vereitelt, wie ja auch die Einnahmen allen sozialen Einrichtungen und den Gewerkschaften davon gelaufen seien. Wenn Handwerks- und Gewerbekammer gefragt worden seien, dann müsse man doch die prekäre Lage des Handwerks und Gewerbes in Betracht ziehen. Für die Einkommensteuer sei das Reich und nicht Lübeck verantwortlich. Zum Schluß schwang sich Pastor Pautke noch zum Schützling des Direktors Dr. Link in der Behandlung der Erwerbslosen auf. Auch der Senat habe sich um die Erwerbslosen eifrig bekümmert. Die Ursachen der Erwerbslosigkeit seien allgemeiner Natur, was solle da der Senat tun. Wie der Vorredner, so brachte auch Pastor Pautke windschiefe Darlegungen über die radikalen Regierungen in anderen Staaten. Gehe es den Unternehmern und dem Staat gut, dann gehe es auch den Arbeitern und Beamten gut. Früher seien die Verhältnisse bedeutend besser gewesen. Der Senat habe in der Beamtenfrage absolut nicht versagt. Die Besserung der Währung sei den bürgerlichen Parteien und nicht der Sozialdemokratie zuzuschreiben.

*

Von den zehn Diskussionsrednern erhält als Erster das Wort

Genosse Dr. Leber.

Er beleuchtete eingangs seiner Ausführungen das grenzenlose niedrige Niveau der bürgerlichen Redner, das kaum zu einer Debatte reize und wandte sich dann gegen die hetzerische Wahlpropaganda der bürgerlichen Parteien. Heute könne man das heuchlerische Benehmen der volksparteilichen Herren in Reinkultur kennen lernen. Dann zerpflückte Genosse Leber die Rede Dr. Keibels: Dieser sprach davon, daß sämtliche deutsche Regierungen Erfüllungspolitik getrieben hätten und keiner der Vorwurf zu machen sei, sie habe sich mit Frankreich nicht verständigen wollen. Also die bürgerlichen Parteien brüsten sich heute mit der Erfüllungspolitik, **während sie uns all die Jahre gerade deswegen beschimpft haben, weil wir sie forderten.** Wir mußten den Leidensweg über die Ruhrbesetzung gehen, weil die deutsche Regierung die Welt gegen den militärischen Einbruch der Franzosen mobilisieren wollte. Der „Matin" brachte den schlüssigen Beweis gegen die Behauptung der Cuno-Regierung, daß die deutsche Industrie nicht mehr liefern könne. Denn in derselben Nummer wurde die **Offerte der deutschen Holzgroßlieferverbände an die französische Regierung** abgedruckt, in der sich die Holzlieferanten erboten, die fehlenden Telegraphenstangen gegen französisches Geld zu liefern. Also die **deutsche Industrie unterbietet die deutsche Regierung und fällt ihr in den Rücken.** Später mußte die Cuno-Regierung diese Tatsache selbst eingestehen. Würden Sozialdemokraten so gehandelt haben, dann hätte man sie an den Galgen gehängt. Wenn Herr Dr. Keibel behauptet, die deutsche Industrie sei verarmt, dann verweise ich Sie auf die Tatsache, daß in den letzten 2 Jahren allein in Amsterdam nicht weniger als 16 und in Rotterdam 12 Bankhäuser nur zu dem Zwecke entstanden sind, deutsches Kapital zu verwalten, das nach Holland verschoben wurde. An der Spitze beider Gruppen steht das Berliner Bankhaus Mendelsohn & Co. (Zuruf: Juden!) **Ja, aber Juden aus der Deutschen Volkspartei!** In englischen Zeitungen werden fortwährend deutsche Bankbeamte für die Verwaltungsabteilungen des deutschen Kapitals gesucht. Ihr Führer Stresemann aber bestreitet, daß deutsches Kapital ins Ausland verschoben wurde. Die „Neue Züricher Zeitung" schrieb kürzlich, die Schweiz würde Pleite machen, wenn sie auf einmal alles dort untergebrachte deutsche Kapital auszahlen müßte. Während 10 000 oder 20 000 Leute in Deutschland Riesensummen verschoben und Luxusautos ohne Zahl angeschafft wurden, verhungerten Tausende von Kindern, leiden Ungezählte größte Not. Aber diese Frage untersucht der Herr Pastor nicht. Der Ungerechtigkeit geht er als Pfarrer aus dem Wege und verzapft ein dummes Geplärr. Deutsche Kaufleute wie z. B. der Vorsitzende der Lübecker Volkspartei, Herr Behn, haben durch **Reichsbankkredite,** die sie in entwertetem Gelde zurückzahlten, **ungeheure Summen verdient,** aber **Steuern bezahlt haben sie nicht.** In der ganzen ersten Hälfte dieses Jahres haben fast die gesamten Kapitalisten weniger bezahlt als die verhungerten Arbeiter, Angestellten und Beamten. Im August betrug der Anteil der Lohnsteuer an der gesamten Einkommensteuer 95 Prozent, der der Kapitalisten 5 Proz. Die Folge dieser Steuerpolitik war, daß das Reich auf 100 Mk. Ausgaben 50 Pfg. Einnahmen hatte. Pastor Pautke und Dr. Keibel aber stellen sich hin und schieben die Schuld auf die Geldentwertung, verschweigen aber, daß **ihre Partei im Reichstage alle Anträge der Sozialdemokraten, diese Steuern aufzuwerten, abgelehnt haben.** Die Folge war die immer größere Anspannung der Notenpresse, obwohl kein Hund mehr deutsches Geld wollte.

Des weiteren schilderte Genosse Dr. Leber die Versuche der **sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion,** eine **wertbeständige Gewerbesteuer** zu schaffen und die flickschustermäßige Stellungnahme des Senats hierzu. Eine Ratlosigkeit, wie sie der Senat bei der Sanierung der Finanzen kundtat, würde in der Industrie einfach den Hinauswurf eines Angestellten zur Folge haben. Im Staate aber ist alles erlaubt, weil man der Ansicht ist, daß schließlich der Arbeiter doch alles bezahlen muß. Der Senat strich auf Anraten der Handels- und Gewerbekammer die wichtigste Bestimmung aus der Gewerbesteuervorlage und der Senatskommissar Dr. Vermehren wußte nicht einmal Bescheid über den Inhalt der Gesetzesvorlage. In der Amtsblattfrage hat sich Herr Pastor Pautke eine sonderbare Auslegung erlaubt. Wir sind ja von Pastoren gewohnt, daß sie über die holperigsten Punkte hinwegsehen können, das wissen sie von der Bibel her. Wenn aber ein Senat nach zweijähriger Beleuchtung noch zu keinem Resultat kommt, dann ist es Zeit, daß der 14köpfige Kronleuchter verschwindet. Als ehrliche Sozialdemokraten besteht für uns keine Möglichkeit mehr, mit diesem Senat zusammenzuarbeiten. Wir fordern klare Politik und deshalb muß dieser Senat verschwinden.

Genosse Dreger

wandte sich zunächst gegen das provokatorische Auftreten des Versammlungsleiters Dühring und betonte, daß die Not von den

Kohlen — Koks
Maaß & Co. G. m. b. H.
Holz — Briketts

bürgerlichen Parteien hervorgerufen worden sei. Freiheiten konnten die Rechtsparteien nur für sich. Die Freiheit, die das deutsche und lübsche Proletariat erstrebe, werde anders aussehen als diejenige, die das Kapital ihm bescheren wolle. Die deutsche Wirtschaft stehe am Abgrund, weil die leistungsfähigen Wirtschaftskreise Deutschlands bis heute den Nachweis schuldig geblieben seien, die Lasten des Krieges und der Nachkriegszeit mitzutragen. Sie wollen diese ganze Last den Arbeitern aufdrängen. Habe doch die Flendermarkt in einem Schreiben an eine Behörde gesagt, man komme um die Tatsache nicht herum, daß **die Lasten des Krieges und der Nachkriegszeit nur durch Niedrighalten der Arbeiterlöhne tragbar** seien. Scharf wandte sich Genosse Dreger gegen den Vorwurf zu niedriger Arbeitsleistung. Von einem halbverhungerten, zerlumpten Volk, dessen Blüte durch die Schuld der Bürgerlichen hingeschlachtet wurde, und das trotz aller Arbeit nicht wisse, von was es leben soll, das zum Teil keine Wohnung habe und zusammengepfercht hausen müsse, könne man keine übermäßige Anstrengung erwarten. Zudem habe die **Sabotage der deutschen Unternehmer die Produktivität unterbunden.** Die wirtschaftliche Krise wurde durch die Steuerpolitik von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen verschuldet. Die Besetzung des Ruhrreviers war keine Notwendigkeit, sondern eine Folge der Unternehmersabotage. Niemals in der Geschichte wurden die Interessen einer Nation so verraten wie von den Unternehmern im Ruhrkampf. Sie haben in verbrecherischer Weise **die Notenpresse benutzt** und sich vom Reiche **Papierkredite zum Devisenschacher geben lassen.** Die Spekulation war für sie wichtiger als die Produktion. Und nun stellen sich die Herren hin und werfen dem Arbeiter die Schuld von dem Niedergang der Produktion in die Schuhe. Der ganze Kampf des Unternehmertums wird geführt, um dem **unbequemen republikanischen Staat das Genick zu brechen, einen Wirtschaftsstaat zu errichten, wirtschaftliche Herzogtümer an Stelle der früheren monarchischen aufzubauen.** Die **Sozialisierungsmaßnahmen,** von denen Dr. Keibel sprach, wurden schon im Entstehen **von den Unternehmern ertötet.** Wenn eine staatbejahende Politik getrieben wurde, dann nur von der **deutschen Arbeiterschaft,** oftmals gegen das Verständnis der eigenen Klassengenossen. Die Vertreter der Besitzenden haben diesen Staat stets verneint, weil er dem Volke ebenfalls Rechte gab. Wie sieht denn Ihr planmäßiger Aufbau aus? Abbau der Sozialgesetze, **mit Hunger versuchen Sie die Arbeiter von Ihrer Gewalt abhängig zu machen.** Sie versuchen ihm die Mieten aus der Tasche zu ziehen, wie überhaupt alle Kriegslasten aufzubürden. **In Lübeck leistet die Sozialdemokratie die sachliche Arbeit für den Senat,** wir haben ihm die Mittel gegen die bürgerlichen Stimmen bewilligt. Wie es bei den Erwerbslosen ausschaut, davon haben Sie keine Ahnung. Sechs Wochen bedurfte es, nur um die Stempelung für die Arbeitslosen erträglicher zu machen. Pastor Pautke hat davon gar keine Ahnung und holte seine Weisheit aus einem amtlichen Bericht. Der Senat hat in der Erwerbslosenfrage nicht das nötige soziale Verständnis erwiesen. Der zukünftige Senat muß die Arbeiter als Subjekt der Gesetzgebung und nicht nur als Objekt betrachten.

Genosse Haut

verurteilte gleichfalls die schmutzige persönliche Kampfesweise der bürgerlichen Parteien und zerpflückte dann die verschrobenen Ansichten des Pastors Pautke über die Augustvorgänge. Es habe sich nicht um eine Anzahl leicht erregbarer Menschen gehandelt, sondern um die Empörung der Gesamtarbeiterschaft über die elende Bezahlung, mit der sie sich nicht abfinden konnte. Da habe die Lübecker Arbeiterschaft von ihrem gewerkschaftlichen Rechte Gebrauch gemacht und sei nach dem Gewerkschaftshaus marschiert, um zu beraten. Auf diesem Wege habe man ihr Maschinengewehre entgegengestellt. Daß die Arbeiterschaft hier die Wut packte, sei jedem denkenden Menschen klar. Die von uns getroffenen Maßnahmen seien nur von dem Gedanken geleitet gewesen, weiteres Blutvergießen zu verhindern. Daß der Ausschuß tüchtig gearbeitet habe, müßten auch die beiden Referenten wissen. Es sei doch zweifelsfrei festgestellt worden, daß die Lübecker Arbeiter nicht nur eine große Portion Prügel bekommen hätten, sondern daß sie mit Gewehren und Handgranaten bearbeitet worden seien. **Aber nicht ein einziger der schuldigen Beamten finde den Mut, seine Taten zu bekennen.** Hätte man auf behördlicher Seite mehr Nerven gehabt, wäre der ganze Vorfall verhindert worden. Die Arbeiter wurden doch der Erregung Herr, obwohl sie keine Waffen hatten. Der Redner setzt weiter dem Herrn Pastor den Kopf über die Gewerbesteuer zurecht. Die Sozialdemokratie habe die Lohnsummensteuer vorgeschlagen, um gewissen Unternehmungen die Steuerhinterziehung durch verschleierte Buchungen zu unterbinden. Wäre man uns gefolgt, hätte der Staat kein entwertetes Geld erhalten. Wenn Herr Pautke jetzt über die Not der Handwerker klage, so seien diese daran selbst schuld, die hinter ihren Zerstörern, den Großkapitalisten herlaufen. Heute bringen sie noch 50 000 Goldmark Opfer zum Volksentscheid. Man fragt, weshalb wir den Senat beseitigen wollten. Wir stellen die Gegenfrage: warum will der Senat nicht mit uns zusammenarbeiten? Herr Bürgermeister Dr. Neumann sagte, **er wolle nicht mit einer sozialdemokratischen Mehrheit arbeiten.** Solange wir auf die Mehrheit der Senatssitze verzichteten, waren wir angesehene Leute. Der **Volksentscheid hätte sich vermeiden lassen,** wenn Herr Senator Kulenkamp, der schon ein ganzes Jahr kaum zu einer Sitzung kommt, gegangen wäre, aber man hielt ihn, um die bürgerliche Mehrheit im Senat zu behalten. Für die Bürgerlichen waren wir gut genug, die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Nun macht man vor dem „Leber"-Senat gruselig und behauptet, Lübecks Kredit werde unterbunden. Dieses Wort ist bezeichnend für die Sachlichkeit des Wahlkampfes. Man sagt, ganz Lübeck werde Hunger leiden müssen. Ach, gehen Sie doch in die Erwerbslosen- und Arbeiterfamilien, da sehen Sie schon lange die Folgen des Hungers. Wir wollen uns nicht auf Kredite verlassen, sondern unsere Finanzen durch entsprechende Steuergesetze in Ordnung bringen. Um dieses zu erzielen, muß erst ein Volksentscheid entfacht werden. Hamburg hat bereits eine Lohnsummensteuer mit 4 Prozent. Der Senatskommissar brachte uns einen Reorganisationsplan der Grundsteuer. Danach sollten die Arbeiter 15 Mark, also einen ganzen Wochenlohn dafür aufbringen. Es schweben jetzt ähnliche Pläne im Reich. Den Hypothekengläubigern will man alles nehmen und den Hausbesitzern und dem Staat geben. Man scheut sich nicht, von den Arbeitern, Angestellten und Beamten die volle Friedensmiete zu fordern. Wer hat denn früher von den Hausbesitzern 50 Prozent der Miete in den Beutel stecken können? Wir wollen Steuern schaffen, die der einzelne auch bezahlen kann. Die bürgerlichen Parteien arbeiten heute in ihren Wahlflugblättern mit denselben Gruselgeschichten, wie bei der letzten Bürgerschaftswahl. Wir werden die Finanzen so organisieren, daß wir ohne Kredit arbeiten und die Interessen der Allgemeinheit vertreten und nicht diejenigen kleiner Klüngel. Deshalb lautet unsere Antwort am 6. Januar: **Ja!**

Herr Eckholdt unterstrich die Behauptung der Vorredner, daß es dem deutschen Arbeiter, Beamten und Angestellten schlecht gehe. Aber die Schuldfrage könne heute nicht ausdiskutiert werden. Die Ruhrpolitik sei nicht die Schuld an dem Elend, das hätten selbst die Kommunisten zugegeben. Der Redner gibt zu, daß Wirtschaftskräfte vorhanden seien, die dem Volke geschadet hätten, sie hätten sich am häßlichsten in Großbetrieben gezeigt. Die Sozialdemokratie hat ihre Steuerpolitik geändert, sie trete heute für indirekte Steuern ein. Die Geldentwertung habe jeder Volksgenosse zu tragen gehabt. Auf lübsche Verhältnisse eingehend, sagt Eckholdt, daß sich das Mißtrauen gerade gegen einzelne Senatoren gerichtet habe, die das Vertrauen der Arbeiterschaft in den Senat geschädigt habe. Die soziale Fürsorge liege doch auch in Händen von Arbeitersenatoren, die nicht in der Lage seien, bei den beschränkten Mitteln mehr zu tun. Das heutige Elend zu mildern, sei heute keine Partei in der Lage. Auch ein sozialistischer Senat habe mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen. Im übrigen habe die Sozialdemokratie gar keinen Anspruch auf die Mehrheit im Senat. Sie könne diesen Anspruch nur mit den Kommunisten zusammen erhalten. Mit dieser Partei werde sie bald abwirtschaften. Die bisherige Arbeitsgemeinschaft im Senat habe sich durchaus zum Segen der lübschen Bevölkerung erwiesen.

Der Kommunist Nickel polemisiert u. a. gegen das Ermächtigungsgesetz und die bürgerlichen Redner und fragt, ob z. B. in Bremen, wo eine Rechtsregierung herrsche, nicht ebenso auch Erwerbslose vorhanden sind wie anderswo. (Großer Widerspruch erregte die unverschämte Behauptung eines Herrn Lennartz, die Arbeiter seien erwerbslos, weil sie nicht arbeiten wollten.) Wie sehr sich die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf etwas kosten ließen, ergebe sich daraus, daß man Erwerbslose zum Plakattragen für 1.50 Mark Stundenlohn werben wollte. Die Industrie habe ihre Kalkulationen längst wertbeständig errichtet, die Arbeiter, die mindestens so viel produzierten als in Friedenszeiten, aber in Papiermark entlohnt. Die deutschen Industriellen hätten im Micum-Vertrag den Franzosen weit mehr geboten als durch Reparationsleistungen gefordert wurde. Auch die Kommunisten seien für die Erfüllungspolitik, aber diese dürfe nicht auf Kosten der Arbeiter geschehen. Der Senat hätte die große Summe, die der Volksentscheid kostet, für die Erwerbslosen aufwenden sollen, dann hätte er besser gehandelt. Dieser Senat habe zu allem möglichen Geld, nur nicht für die Aermsten der Armen, für diese habe er nur die Polizei. Die Kommunisten hätten sein je die Beseitigung dieses Senates gefordert und forderten sie heute erst recht. Der Kommunist Ahrends rechnete mit Pastor Pautke in der Erwerbslosenfrage ab. Der Senat habe den Erwerbslosen Weihnachtsbeihilfen von 85 Pfennig bis etwas über 2 Mark bewilligt, und nun mute man ihnen noch zu, für 5 und 6 Pfennig pro Stunde zu arbeiten. — Im gleichen Sinne sprach der Kommunist Wriede. Die Aufforderung des Generals v. Seeckt zur Linderung der Not habe der Senat nicht befolgt, noch werde auf der einen Seite geschwelgt, während auf der anderen Seite größte Not herrscht.

Unter großem Widerspruch mußte Herr Hefti abtreten, nachdem er behauptet hatte, die Vorgänge in der Versammlung seien die Früchte Dr. Levers. Die Aufregung war so gesteigert, daß Dr. Keibel sein Schlußwort nicht halten konnte.

Folgende Berichtigung geht uns auf Grund des § 11 des Preßgesetzes zu: In der Nummer des Lübecker Volksboten vom Montag, den 24. Dezember, erschien ein Artikel, bezeichnet „Illegale Arbeit". In demselben heißt es: „Der Kassierer August Matthies, Stockelsdorf, Mitglied der KPD., hat Mitgliedsbücher des DMV. eingezogen und darauf von anderen wählen lassen usw. Ich erkläre, daß ich das Buch des SPD.-Kollegen Paul Bredow, Stockelsdorf eingezogen habe. Unwahr ist dagegen, daß ich mehrere Mitgliedsbücher eingezogen und darauf habe wählen lassen. Wahr dagegen ist, daß ich auf das Buch des Kollegen Bredow selbst habe versehentlich gewählt, dagegen aber mein Buch zur Wahl der Ortsverwaltung nicht benutzt wurde, welches jederzeit, durch den Stempel, welcher an dem Abend der Ortsverwaltungswahl zur Kontrolle in die Mitgliedsbücher gestempelt wurde, ersichtlich ist. Mein Mitgliedsbuch weist diesen Stempel nicht auf und steht jedem Kollegen zur Einsicht zur Verfügung. August Matthies, Stockelsdorf, Ahrensböcker Straße 44, Part.

Wie uns mitgeteilt wird, bleiben die in dem angezogenen Artikel aufgestellten Behauptungen bestehen; es ist bereits wieder ein neuer Fall illegaler Handlungsweise festgestellt. Im übrigen ist gegen Matthies das Ausschlußverfahren eingeleitet. Daß sich M. mit dem Verbandsbuch eines anderen Kollegen legitimierte, ist immerhin ein nicht alltägliches „Versehen".

Finnische Spende für Säuglinge und Kleinkinder. Noch weitere Gaben sind aus Finnland eingegangen, unter denen besonders diejenige der Familie Höppner große Freude hervorgerufen hat. Wieder konnte eine Anzahl von Kindern mit der so nötigen Kleidung versorgt werden.

Für Straßenhändler wichtig ist eine Bekanntmachung des Finanzamtes im amtlichen Teil der heutigen Nummer über die Abrechnung der Steuerhefte.

Wochenspielplan des Stadttheaters. Sonntag, 3 Uhr: „Das gewandelte Teufelchen", 7½ Uhr: „Der Mann im Mond". Montag: „Die Fledermaus". Dienstag: „Tannhäuser". Mittwoch: „Hasemanns Töchter", 21. Vorstellung im Mittwoch-Abonnement. Donnerstag: „Gyges und sein Ring", 21. Vorstellung im Donnerstag-Abonnement. Freitag: „Der Waffenschmied", 21. Vorstellung im Freitag-Abonnement. Sonnabend 3 Uhr: „Das gewandelte Teufelchen", 7½ Uhr: „Die Fledermaus". Vorstellung für die Volksbühne, Preisstufe IV. Sonntag, 11 Uhr: Hauptprobe zum Sinfoniekonzert, 3 Uhr: Vorstellung der Niederdeutschen Bühne Hamburg, 7 Uhr: „Tannhäuser".

Weihnachtsbescherungen.

Der Armenbehörde waren in den letzten Jahren von der Industrie und der Kaufmannschaft zum Zwecke einer Weihnachtsbescherung an die Armen größere Summen zur Verfügung gestellt worden. Auch in diesem Jahre sind wieder erhebliche Spenden in bar und Naturalien eingegangen. Die Verteilung geschah wieder in drei Gruppen, je nach Familienstärke. Es enthielten Paket 1: je 2 Pfund Zucker, Maisgrieß, Haferflocken, Reis, Gerstengrütze, Weizenmehl, 1 Pfd. Kaffee-Ersatz, 1 Weizenbrot. Paket 2: je 3 Pfund Zucker, Maisgrieß, Haferflocken, Reis, Gerstengrütze, Weizenmehl, 2 Pfd. Kaffee-Ersatz und 3 Weizenbrötchen. Paket 3: je 4 Pfund Zucker, Maisgrieß, Haferflocken, Reis, Gerstengrütze, Weizenmehl, 2 Pfd. Kaffee-Ersatz und 3 Weizenbrötchen. Außerdem gab es je nach Größe der Familie Speck, Honig, Salzhering, Fischfrikadelle, Gemüsekonserven; ferner Essig, Senf, Waschseife usw. Für die von der Armenbehörde in Familienpflege

Deine Stimme laute Ja!

An die fortschrittliche Lehrerschaft Lübecks!

Los vom persönlichen Gezänk! Seht den Tatsachen ins Auge!

1. In Lübeck wurde die Grundschule erst eingeführt, als man sich nicht mehr weiter drücken konnte!
2. Fünf Jahre kämpfen wir jetzt für die Selbstverwaltung. Eine mit Wohlwollen erfüllte Oberschulbehörde und ein hoher Senat haben bis jetzt die Einführung verhindert — Obwohl die Bürgerschaft schon vor drei Jahren mit Zweidrittel-Mehrheit einen entsprechenden Gesetzentwurf verlangte!
3. Der Senat will trotz der Stellungnahme des Reichstages auch in der Schule mit dem Abbau beginnen. Kollegen, die über 60 Jahre alt sind, haben bereits die Aufforderung erhalten, sich auf Wartegeld setzen zu lassen oder um ihre Pensionierung einzukommen!

Diese drei Tatsachen sprechen Bände — aber nicht für die Erhaltung des Senats. Mich wundert es nur, daß die Bürgerschaft nicht schon viel früher mit diesem Senate gebrochen hat, der ihren Beschlüssen so sehr nachkam. — Aber diesen sachlichen Auseinandersetzungen geht man aus dem Wege, weil man nichts dabei gewinnen, aber alles verlieren kann.

Die Selbstverwaltung kann zu Ostern nur mit Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion durchgeführt werden. Der Ausschuß hat seine Arbeit beendet, der Gesetzentwurf ist gegen die drei bürgerlichen Stimmen angenommen worden und geht jetzt der Bürgerschaft zu. Im Januar wird die Entscheidung fallen. Unsere Feinde stehen bis ins Lager der Demokraten! Denkt daran!

Eltern und Lehrer! Seht euch Punkt 3 an. Der Abbau in der Schule bedeutet Erhöhung der Klassenfrequenz. Auf Kosten der Kinder soll hier gespart werden! Wollt ihr das auch?

Wenn man auf die Schulpolitik des Senats in den letzten Jahren zurückblickt, kann man einen Gedanken nicht unterdrücken:

Die Verschleppungspolitik sollte so lange erfolgen, bis wieder eine bürgerliche Mehrheit vorhanden wäre und dann ... ade fortschrittliche Schulpolitik!

Wir Lehrer müssen wissen, was wir der deutschen Schule schuldig sind! **Wir kämpfen in Lübeck seit Jahren vergebens für das Programm des deutschen Lehrervereins!** Wir können dieser Oberschulbehörde, diesem Senate kein Vertrauen entgegenbringen! **Wir kämpfen für eine freie Schule! Für einen freien Lehrerstand!** Wir werden es auch am 6. Januar 1924 tun!

Soll der Senat gehen? — Ja!

Ernst Schermer.

Die Frage eines Unparteiischen?

Ich bin kein Sozialdemokrat, stehe der sozialistischen Anschauung und Partei fern, kenne Herrn Dr. Leber überhaupt nicht, stehe dem Streit um den Volksentscheid ziemlich objektiv gegenüber und bemühe mich, aus den Ausführungen beider Parteien mir ein Urteil zu bilden. Da finde ich in der Tat, daß der Streit von beiden Seiten reichlich persönlich geführt wird. Das Privatleben des einen wie das mehr oder weniger bestrickende Aussehen der anderen Seite interessieren mich überhaupt nicht. Ein wichtiges Argument, welches immer wieder gegen Herrn Dr. Leber vorgebracht wird, so z. B. von Herrn Hans Ewers in der Nummer 4 des „Aufbau", ist seine „Landfremdheit". Dieser „junge, landfremde Mann" (ich stelle mir Herrn Ewers als einen würdigen alten Herrn vor)! Was heißt eigentlich landfremd? Woher muß jemand kommen bezw. in wieviel Kilometer Entfernung von Lübeck geboren sein, um nicht der Gefahr ausgesetzt zu sein, „landfremd" gescholten zu werden? Ist das kleinstädtische Kirchturmpolitik oder was steckt sonst dahinter? Im Reich kümmert sich doch sonst niemand darum, und wenn der Bürgermeister von Stuttgart aus Bosemuckel stammt und der Bürgermeister von Stralsund sagen wir aus Dinkelsbühl, so habe ich noch nie gehört, daß man diese Leute deshalb als „landfremd" beschimpft, denn auf eine Beschimpfung, eine Herabsetzung der Person oder Verächtlichmachung kommt es schließlich doch heraus, sonst würde man diese Bezeichnung nicht immer mit bewußter Absicht wiederholen. Auch in Lübeck dachte man mindestens früher anders, wenigstens ist mir von einem bürgerlichen Senator bekannt, daß seine Wiege ziemlich weit von Lübeck entfernt gestanden hat, und als er zum Senator gewählt wurde, lebte er erst wenige Jahre in Lübeck. Aber Herr Ewers ist noch deutlicher: Er spricht von dem „jeden norddeutschen Menschen anekelnden Esprit". Das trifft mich auch; ich bin Süddeutscher von Geburt und habe die erste Hälfte meines Lebens in Süddeutschland verbracht. Allerdings von einem süddeutschen Esprit habe ich bisher nie jeden gehört. „Esprit" ist ja französisch! Aha, da komme ich vielleicht auf die richtige Fährte, besonders, wenn ich die starke Betonung betrachte, mit der Herr Ewers vor einem ehrlichen Wahlkampf, der mit deutschen Waffen geführt wird, spricht. Also aus dem Loch pfeifts; Herr Dr. Leber ist ja Elsäßer oder Lothringer, ich weiß es nicht genau. Da muß ich doch Herrn Ewers um eine klare Antwort bitten, hält er Elsaß-Lothringen für deutsch oder nicht? Hält er dieses Land nicht für deutsch, dann zeigt er nicht nur seine Unkenntnis, sondern verleugnet auch seine politische Vergangenheit, denn ich bin sicher, daß Herr Ewers bisher der Ansicht war, daß Deutschland 1871 nicht aus Eroberungspolitik oder auch Sicherheitsgründen Elsaß-Lothringen von Frankreich zurückverlangt, sondern weil es deutsches Land ist, und daß Herr Ewers ganz genau weiß, das ganze Elsaß und große Teile von Lothringen sind dadurch, daß sie nach dem verlorenen Krieg uns von Frankreich entrissen worden sind, noch lange nicht französisch geworden. Ist Herr Ewers aber dieser Ansicht, dann sollte er derartige Anrempelungen unterlassen, sonst würde er sich nicht mit Unrecht dem Vorwurf aussetzen, politisches Demagogentum zu treiben. Oder steckt hinter dem Vorwurf der Landfremdheit noch etwas anderes? Heraus mit der Sprache, Herr Hans Ewers!

R. K.

Die unpolitischen Kriegervereine.

Vom Landeskriegerverband wurde dem Genossen Haut nachstehendes Schreiben zugestellt:

Landeskriegerverband Lübeck. Lübeck, d. 22. Dezember 1923.

Herrn Haut, M. d. B., Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion der Bürgerschaft, hier.

Geehrter Herr Haut!

Auf den einstimmigen Wunsch seiner ihm angeschlossenen Vereine hat der Landeskriegerverband Lübeck beschlossen, am Sonntag, dem 30. Dezember, für seine Mitglieder eine Aufklärungsversammlung über den Volksentscheid, vormittags 11 Uhr, im großen Saale der Stadthalle abzuhalten. Da dem Landeskriegerverbande Mitglieder aller politischen Parteien angehören, werden deren Fraktionsvorsitzende gebeten, ihren Standpunkt in dieser Versammlung darzulegen. Es wird dafür gesorgt, daß jeder Redner ohne Störung sprechen kann und daß die Versammlung in Ruhe und Ordnung verläuft. Haben die vier Herren gesprochen, so haben sie damit ihre dankenswerte Aufklärungsarbeit, der sie sich nicht entziehen dürften, erfüllt. Außer Ihnen sind als Fraktionsführer zu sprechen gebeten worden, die Herren Rechtsanwalt Ewers, Julius Klein, Georg Reimpell.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns bis zum 27. ds. mitteilen würden, ob wir auf Ihren Besuch rechnen dürfen. Wir bemerken noch, daß die Versammlung nicht öffentlich ist, vielmehr eine geschlossene des Landeskriegerverbandes sein wird, zu der weitere Einladungen nicht ergehen.

Hochachtungsvoll Landeskriegerverband Lübeck.
W. Siems, Schriftführer.

PS. Antwort erbeten an den Verbandsvorsitzenden Julius Heise, Königstraße 13.

Genosse Haut antwortete hierauf:

An den Landeskriegerverband Lübeck, hierselbst.

Den Empfang Ihres Schreibens vom 22. Dezember ds. Js. bestätige ich hierdurch. Der freundlichen Einladung, in einer Mitgliederversammlung des Landeskriegerverbandes den sozialdemokratischen Standpunkt über den Volksentscheid klarzulegen, kann ich nicht folgen. Meines Erachtens sind diese Dinge in den Versammlungen der politischen Parteien oder in öffentlichen Versammlungen zu erörtern. Sollten Sie sich dieser Meinung anschließen können, so bitte ich eine öffentliche Versammlung mit voller Redefreiheit einzuberufen und ich stehe jederzeit gerne zur Verfügung.

Hochachtungsvoll A. Haut.

gegebenen Kostkinder wird noch Wäschetuch zur Verteilung kommen.

Das Wohlfahrtsamt schreibt: Zu Weihnachten haben dankenswerterweise zahlreiche Beschenkungen von Bedürftigen durch private Kreise stattgefunden. Unter anderem hat der Verein der Kolonialwarenhändler eine erhebliche Zahl unbemittelter Personen bei einer besonderen Weihnachtsfeier mit Waren beschenkt. Auch der Konsumverein hat vor dem Fest dem Wohlfahrtsamt 50 Pakete mit je 9 Pfund Haferflocken, 1 Pfund Mehl, 1 Pfund Zucker, 1 Pfund Kaffee und 1 Brot zur Verteilung an besonders Bedürftige zur Verfügung gestellt. Diese willkommene Gabe ist in erster Linie bedürftigen Eltern zugute gekommen, die ihre Söhne im Krieg verloren haben, zu einem kleinen Teil Kriegsbeschädigten und Sozialrentnern.

Die Weihnachtsbescherung im Holstenhaus. In anerkennenswerter Weise hat sich das Holstenhaus, in diesem Jahr durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Lübeck, zum Weihnachtsfest 50 Kinder nennen lassen, um sie zu beschenken. Der ADGB hat es sehr begrüßt, daß es ihm möglich war, von den einzelnen Gewerkschaftsvorständen 50 der bedürftigsten Kinder von Gewerkschaftsgenossen namhaft machen zu können, um sie mit den praktischen Artikeln, die sie im Holstenhaus erhielten, ausstatten zu lassen. Warme und bewegte Worte des Dankes sind uns übermittelt. Wir haben Veranlassung genommen, diesen Dank an die Stelle weiter zu leiten, die ihn verdient. Wenn auch nur ein kleiner Teil von der Riesenzahl Bedürftiger bedacht werden konnte, so hoffen wir, daß die Einrichtung des Beschenkens auch in den nächsten Jahren von diesem Haus beibehalten wird, damit wir dann andere benennen können. Für dieses Jahr auch von uns herzlichen Dank. **Der Vorstand des ADGB.** J. A.: Dreger.

Immer noch die hohen Gaspreise?

Vom allgemeinen Preisabbau blieb bis jetzt Gas und Milch fast unberührt. Wenn auch Lübeck noch lange nicht die höchsten Gaspreise berechnet, so würde eine Preisermäßigung bei der allgemeinen Notlage doch sehr begrüßt werden. Kurz vor Redaktionsschluß geht uns die Ankündigung einer kleinen Preisherabsetzung zu. Wie die Goldmarkpreise in Nordwestdeutschland liegen, zeigt folgende Tabelle:

	Gas	Wasser	Licht	Strom	Kraft
	₰	₰	₰	₰	₰
Lübeck	**21**	**15 u. 30**	**65**	—	**30**
Altona	25	25	50	—	25
Bergedorf	25	—	—	—	—
Bielefeld	20	—	—	60	—
Braunschweig	25	10	—	—	—
Bremen	15	15	—	35	—
Bremerhaven	23	30	55	—	40
Buxtehude	40	40	60	—	50
Celle	25	15	—	50	—
Emden	30	25	68	—	48
Hamburg	25	25	—	50	—
Hameln	30	20	60	—	40
Hannover	19	10	—	30	—
Harburg	25	20	—	40	—
Hildesheim	35	25	—	55	—
Itzehoe	28	20	50	—	30
Kiel	18,5	18,5	37	—	18,5
Lüneburg	20	10	—	40	—
Minden	30	20	—	40	—
Neumünster	20	—	—	—	—
Osnabrück	38	20	68	—	38
Quedlinburg	20	20	—	40	—
Ratzeburg	30	30	70	—	56
Stade	25	20	55	—	40
Wandsbek	25	10	50	—	25
Wilhelmsburg	28	20	—	—	—

Der Diktator Dr. Link.

Am 25. Oktober wurde der Abteilungsvorsteher des Schlichtungsausschusses, Otto Eßmann, fristlos entlassen. Der in dieser Angelegenheit angerufene Schlichtungsausschuß entschied, weil entgegengesetzte Zeugenaussagen vorlagen, Klarheit durch eine Feststellungsklage vor dem Landgericht zu schaffen. Die Erste Zivilkammer des hiesigen Landgerichts hat die Klage des lübeckischen Staates, vertreten durch die Arbeitsbehörde, am 10. Dezember abgewiesen. Nachdem inzwischen der Staat auch noch zur Zahlung des Gehalts verurteilt wurde und die maßgebende Persönlichkeit im Arbeitsamt gründlich erwogen hatte, diese Entscheidung eventuell vor die Berufungsinstanz zu bringen, erhielt Herr Eßmann am 20. Dezember nachstehendes Schreiben:

Arbeitsbehörde. Lübeck, den 20. Dezember 1923.

Herrn Otto Eßmann, hier.

Ihr Verhalten am 25. Oktober ds. Js. hat der Arbeitsbehörde Anlaß gegeben, Sie fristlos zu entlassen. Da sie selbst die Ihrer Entlassung zugrunde liegenden Tatsachen wesentlich anders darstellten, als die der Behörde vorliegenden schriftlichen Berichte es taten, hat die Arbeitsbehörde eine gerichtliche Entscheidung herbeigeführt. Wenn trotz der, dieser Entscheidung entgegenstehenden gewichtigen Bedenken die Arbeitsbehörde davon absieht, die Angelegenheit auch in die Berufungsinstanz zu bringen, so geschieht dies, weil der Rechtsstandpunkt der Arbeitsbehörde vom Gericht restlos gebilligt ist und die Arbeitsbehörde die Erwartung hegt, daß die Rechtsausführungen des Gerichts **eine heilsame Mahnung und Warnung für alle sein werden, die auf den Gedanken kommen könnten, den Streikgedanken für die Arbeitsbehörde oder das Wohlfahrtsamt anzuregen oder gar zur Durchführung zu bringen.**

Die Arbeitsbehörde ist hiernach bereit, die Ihrer weiteren Mitarbeit entgegenstehenden Bedenken zurückzustellen und ersucht Sie, morgen, Freitag, den 21. Dezember, morgens 8 Uhr Ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen.

Die Arbeitsbehörde: **Dr. Link.**

Solche Dinge ereignen sich im Arbeitsamt. Jedes Wort der Kritik würde die Sache nur abschwächen. In der Bürgerschaft dürfte zu diesem Vorfall freilich noch allerlei zu sagen sein.

Der Lohnabzug im Januar.

Durch die zweite Steuernotverordnung sind die Bestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn mit Wirkung vom 1. Januar 1924 ab in wesentlichen Punkten geändert worden. Bisher waren vom gesamten Lohnbetrag 10 v. H. abzüglich fester Papiermarkermäßigungen nach dem Familienstand und des sog. Werbungskostenpauschsatzes als Steuer einzubehalten. Künftig dagegen bleibt ohne Rücksicht auf den Familienstand des Arbeitnehmers und die Höhe des Arbeitslohnes ein bestimmter Teil des Arbeitslohnes, nämlich bei Zahlung des Arbeitslohnes

für volle Monate 50 Goldmark monatlich,
für volle Wochen 12 Goldmark wöchentlich,
für volle Arbeitstage 2 Goldmark täglich,
für kürzere Zeiträume 0,50 Goldmark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden

vom Steuerabzug frei. Dieser sog. „steuerfreie Lohnbetrag" tritt an die Stelle der bisherigen Ermäßigung für den Arbeitnehmer selbst und für Werbungskosten. Von dem den steuerfreien Lohnbetrag übersteigenden Teil des Arbeitslohnes, also von dem Ueberschuß sind bei jeder Lohnzahlung bei einem ledigen oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmer 10 v. H., bei einem verheirateten Arbeitnehmer ohne Kinder 9 v. H., mit einem Kind 8 v. H., mit zwei Kindern 7 v. H. und für jedes weitere minderjährige Kind 1 v. H. weniger einzubehalten.

Parteigenossen! Proletarier!

Ihr alle bemerkt an der Kampfesart unserer Gegner, daß deren Kassen gefüllt sind. Um die Sozialdemokratie niederzuringen, werfen die steuerscheuen Kapitalisten das Geld mit vollen Händen in die Wahlkassen der reaktionären Parteien. Genossen! Der Opfermut der deutschen Arbeiterschaft ist bekannt. Auch in Zeiten größter Not gab der Proletarier von dem wenigen für seine Sache. So sei es auch diesmal. Der Wahlkampf kostet viel Geld. Steuere jeder nach seinen Kräften. Helfe jeder mit, den Sieg über die Reaktion zu erringen.

Zeichnet und sammelt für den Kampffonds!

Gelder werden entgegengenommen im Parteisekretariat, Johannisstr. 48 I. und in der Bankabteilung der „Gemeinnützigen Arbeitsgenossenschaft", Mengstraße.

Beispiele:

a) Ein lediger Arbeitnehmer bezieht 50 Mark Wochenlohn. Steuerabzug 10 Prozent von 38 = 3,80 Mark.

b) Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei minderjährigen Kindern bezieht 70 Mk. Wochenlohn. Steuerabzug 7 Proz. von 58 = 4,05 Mark.

Alle Arbeitgeber mit Ausnahme derjenigen, die zu Beginn des Kalenderjahres 1924 nicht mehr als drei Arbeitnehmer beschäftigen, haben die einbehaltenen Beträge in bar oder durch Ueberweisung an die Finanzkasse abzuführen, und zwar jeweils für eine Monatsdekade spätestens bis zum fünften Tage nach dem Ablauf der Dekade. Daher sind z. B. die in der Zeit vom 21. bis 31. Januar 1924 einbehaltenen Beträge mindestens bis zum 5. Februar abzuliefern. Spätestens bis zum 5 eines jeden Kalendermonats ist der Finanzkasse eine Bescheinigung zu übersenden, in der die Uebereinstimmung der im abgelaufenen Kalendermonat abgeführten Steuerabzugsbeträge mit der Summe der tatsächlich einbehaltenen Steuerabzugsbeträge versichert wird.

Arbeitgeber, die zu Beginn des Kalenderjahres nicht mehr als drei Arbeitnehmer beschäftigen, haben wie bisher Steuermarken zu kleben.

Im Gegensatz zu früher unterliegen dem Steuerabzug auch die Aufwandsentschädigungen, die den im privaten Dienst- oder Auftragsverhältnis stehenden Personen gewährt werden.

Bisher hatten die Arbeitgeber regelmäßig vierteljährlich Ueberweisungsblätter, Nachweisungen und Zusammenstellungen über den Steuerabzug im abgelaufenen Kalendervierteljahr auszuschreiben. Diese Verpflichtung fällt während des Jahres weg. Die Arbeitgeber haben lediglich den ihren Arbeitnehmern ausbezahlten Lohn und die einbehaltene Steuer unter Angabe des Zahltages fortlaufend aufzuzeichnen, wie dies in der Mehrzahl der Betriebe bereits jetzt der Fall ist.

Alle Einzelheiten der neuen Regelung ergeben sich aus den Durchführungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn, die im Reichsministerialblatt und im Reichssteuerblatt veröffentlicht werden, sowie aus einem Merkblatt, das demnächst bei den Finanzämtern unentgeltlich abgeholt werden kann.

Die neuen Steuerabzugsbestimmungen gelten erstmalig für den Arbeitslohn, der Ende Dezember 1923 für eine im Januar 1924 erfolgende Dienstleistung gewährt wird.

Travemünde. Eisbericht. See: eisfrei. Hafen: strichweise Treibeis. Revier: starke Eisdecke. Fahrrinne wird durch Eisbrecher offengehalten.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Hansa-Theater. Heute, Sonnabend, 7½ Uhr, findet die letzte Aufführung der Operette „Die geschiedene Frau" statt. Sonntag, Montag und Dienstag, 7½ Uhr, auf vielseitigen Wunsch „Das Schwarzwaldmädel". Die beiden letzten Kindervorstellungen gelangen Sonntag und Dienstag, nachmittags 3 Uhr, zur Aufführung. Gegeben wird das bekannte Märchen „Dornröschen".

Angrenzende Gebiete.

Seereth. Der Sozialdemokratische Verein veranstaltet am Montag eine Silvesterfeier bei Cords. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Hamburg. Schiffsreeder Stinnes. A.-G. Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Ueberseehandel. Nach der bekanntgegebenen Abrechnung für 1921 stehen in der Bilanz per 31. Dezember 1921 Schiffe mit 58 Mill. Mk. (im V. 15 Mill. Mk.), Schuldner mit 387 Mill. Mk. (52), anderseits Gläubiger mit 542 Mill. Mk. (79) zu Buch. Die Dividende aus dem Ueberschuß von 1,9 Mill. Mk. (516 000) beträgt wiederum 6 Proz.

Hamburg. Die große Not. 50 000 Erwerbslose gibt es in Hamburg. 50 000 arbeitsfähige, gesunde Menschen warten auf Arbeit seit Wochen, ja Monaten. Neben den 50 000 Arbeitslosen haben wir 13 000 Wohlfahrtsempfänger, 12 000 Sozialempfänger, 5000 Kleinrentner, 25 000 Kriegsopfer. Das sind rund 100 000 Menschen, die in Hamburg aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden müssen. Diese Zahlen enthalten eine Summe von Elend und Not, die kaum zu fassen ist.

Vermischte Nachrichten.

Die Dixmuiden gesichtet? Nach einer Mitteilung der algerischen Regierung will ein arabischer Wachtposten am Donnerstagabend das Luftschiff „Dixmuiden" gesichtet haben. Eine andere Meldung aus Tunis vom 27. Dezember besagt, daß nach einem Telegramm aus In-Salah vom 27. Dezember das Luftschiff „Dixmuiden" am 26. früh 8 Uhr 200 Kilometer südlich von In-Salah gesichtet sei. Es flog in der Richtung auf das Hoggar-Massiv. In-Salah liegt etwa 1000 Kilometer südlich von Algier. Das Hoggarplateau, nach dem die „Dixmuide" hingetrieben wird, erhebt sich 600 Kilometer weiter nach dem Osten ungefähr im Zent um der Sahara. Es ist der Schauplatz des Romans „L'Atlantide" von Pierre Benoit, eines der am meisten gelesenen Bücher des Frankreichs von heute. Wenn es dem Luftkreuzer „Dixmuiden" tatsächlich gelungen ist, sich solange in der Luft zu halten, wäre nach der Ansicht der Sachverständigen die Leitung des Schiffes und der Mannschaft gewaltig. — Die Freude über die Entdeckung des Luftkreuzers „Dixmuiden" ist nicht von langer Dauer gewesen. Der Marineattachee der französischen Botschaft in Rom hat von dem italienischen Flottenkommando die Mitteilung erhalten, daß die Leiche des Schiffsleutnants Du Bleiss de Grenedan durch italienische Fischer in der Bucht von Sciacca bei Girgenti an der Küste Siziliens aufgefunden worden ist. Da die Leiche des Kapitäns des Luftschiffes „Dixmuiden" gefunden worden ist, muß angenommen werden, daß der Luftkreuzer im Sturm untergegangen ist.

Eine Falschmünzerwerkstatt ausgehoben. In Görlitz entdeckte die Kriminalpolizei eine Falschmünzerwerkstatt, in der falsche Schatzanweisungen des Deutschen Reiches zu 21 Goldmark angefertigt wurden. An der Herstellung waren der Reisende Lehmann, dessen Frau, die Kaufleute Stöber und Balzer von hier und der tschechische Staatsangehörige Fritsche aus Leipa in Böhmen beteiligt. Die Beteiligten wurden verhaftet. Herausgabt wurden die falschen Scheine in Erfurt, Weimar, Hannover, Kassel, Magdeburg und Berlin. Gegen 600 Scheine wurden noch im Besitz der Täter gefunden und beschlagnahmt.

Von einer Lawine verschüttet. Aus Füssen wird gemeldet, daß zwei Skiläufer durch eine Lawine verschüttet worden sind. Der Sohn des Architekten Leinweber wurde schwer verletzt gerettet. Der Bauamtsassistent Knecht wird noch vermißt. Eine Hilfsexpedition ist unterwegs. Außerdem werden nach einem Bericht der „Bergwacht" vier Münchener Touristen vermißt.

Handgranaten beim Tanzfest. Aus Csolgrad in Ungarn wird gemeldet: Bei einer Tanzunterhaltung des hiesigen israelitischen Frauenvereins wurde eine Handgranate in den Saal geworfen. Ein 21jähriges Dienstmädchen wurde getötet, 37 Personen teils leicht, teils schwer verletzt. Die Gendarmerie hat die Mitglieder des Csolgrader Vereins der erwachenden Ungarn, die der Tat verdächtig sind, verhaftet.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Wie man wohnungslos wird.

Wir bekamen im Jahre 1919 eine Staatswohnung in der Kerkringstraße zugewiesen. Als zwei Jahre darauf die Häuser verkauft wurden, erwarb Herr H. das Haus Kerkringstr. 59. Er beabsichtigte die erste Etage zu beziehen. Unter den Tauschwohnungen, die uns zur Verfügung gestellt wurden, kam nichts zu Stande. Nun tauschte Herr H. inzwischen mit dem Parterre-Bewohner. Von nun wurden uns alle denkbaren Schikanen erwiesen. Wahrscheinlich deshalb, damit die inzwischen verheiratete Tochter die Wohnung bekäme. Alles Mögliche wurde herausgesucht, um damit zum Einigungsamt zu laufen und uns herauszubringen. Schließlich wurde uns am Einigungsamt gekündigt. Wir wurden aber unter der Bedingung gekündigt, daß die Gesamtwohnung zum Tausch gestellt würde. Dieses unterschrieb Herr H. Alle unsere Bemühungen, die Wohnung zu vertauschen, waren vergebens. Zuletzt wurde uns ein halbes Jahr Frist gegeben. Wir waren bei dem Wohnungsamt in die Vordringlichkeitsliste eingetragen, aber alle unsere Bemühungen, eine Wohnung zu erhalten, waren umsonst. Als diese Frist abgelaufen war, wurde ein Termin auf dem Amtsgericht angesetzt. Hier wurde uns nochmals eine Frist bis zum 15. 12. 23 endgültig gewährt. Während dieser Zeit wurden uns auch Wohnungen vom Wohnungsamt gegeben, aber jedesmal dachte der Mieter garnicht daran, auszuziehen. So war nun diese Frist auch abgelaufen. Nun wurde auf unser dringendes Bitten, uns doch eine Wohnung zu geben, erklärt: es wären keine da. Auch wurde uns gesagt, falls der Gerichtsvollzieher käme, hätten wir noch drei Tage Zeit, inzwischen könnte sich ja noch eine Wohnung finden, wir sollten es abwarten. Am Dienstag, dem 18. 12. 23 kam der Gerichtsvollzieher, mit ihm zwei Leute und ein offener Wagen. Nun wurde begonnen, die Sachen aufzuladen, wie sie waren. Als die halben Sachen draußen waren, begann ein furchtbares Unwetter, so daß vieles naß wurde, darauf hin kam ich nach Hause, und auf energisches Vorhalten meinerseits, einen verdeckten Wagen zu beschaffen, erwirkte der Gerichtsvollzieher bei Frau H. eine Frist bis nächsten Mittag 12 Uhr. Inzwischen erbarmten sich gute Menschen und nahmen sich unserer an. Die Sachen sind auf vier bis 5 Stellen untergestellt und so haben wir Weihnachten auf der Straße verlebt. So wird mit einem verfahren, der 14 Jahre in Lübeck wohnt. Und dieses alles nur, um die Wohnung für die eben verheiratete Tochter freizumachen, die vielleicht noch nicht mal als Wohnungsuchende eingetragen ist. Albert Kracht.

Freie Gedanken.

Es ist die Menschheitsgeschichte entweder ein Kampf um den Futteranteil oder ein Kampf um den Futterplatz auf unserer Erde. Sombart.

Politische Formen können nicht beliebig wie Etiketten auf eine Weinflasche aufgeklebt werden. Politische Formen sind nichts als der notwendige und eigentümliche Ausdruck, den sich reale tatsächliche Lagen geben. Jede reale Sachlage formiert sich selbst, zieht die ihr eigentümliche und allein entsprechende Form mit der Kraft der Logik und Notwendigkeit nach sich. Lassalle.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 28. Dezember. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Preise in Rentenmark per Zentner: Weizen 7,90—8,20, Roggen 6,70—7,00, Hafer 5,90—6,10, inländische Gerste 7,80—8,00 Mk. ab inländ. Station, ausländ. Gerste loko 8,30—8,40, Mais loko 8,30—8,40 frei Kaiwaggon. Oelkuchen ruhig bei unveränderter Tendenz.

Heu und Stroh. Hamburg, 28. Dezember. Im Großhandel stellt sich der Preis für: Wiesenheu, lose 2,00, gepreßt 2,90, Getreidestroh, gebündelt 0,90, gepreßt 1,10 Goldmark, alles je Ztr. in Rentenmark frei Waggon, inl. Verladestation exkl. Deckenmiete.

Ferkel. Rendsburg, 27. Dezember. Zentral-Ferkelmarkt der Provinz Schleswig-Holstein. Die Zufuhr zum heutigen Markt betrug 105 Stück gegen 304 Stück in der Vorwoche. Es wurden gezahlt für geringe leichte Ware 55—60, gute leichte Ware 61—68, mittlere Ware 69—75, beste schwere Ware 76—80 Goldpfennig für das Pfund Lebendgewicht. Im Einzelverkauf wurde auch über Notiz bezahlt. Der bezahlte Durchschnittspreis betrug 70 Goldpfennig für das Pfund Lebendgewicht, in Ausnahmefällen wurde auch bis 85 Goldpfennig für prima ausgesuchte Ware für das Pfund Lebendgewicht bezahlt. Für Ferkel, je nach Alter und Qualität, von 5—13 Wochen wurden 14—35 Goldmark das Stück bezahlt. Jungschweine im Gewicht von 50 bis 100 Pfund kosteten 65—70 Goldpfennig das Pfund Lebendgewicht. Es waren genügend Käufer erschienen. Die Zufuhr war aber bedeutend geringer als in der Vorwoche, was der eingetretenen großen Kälte zuzuschreiben ist. Da die Nachfrage das Angebot überstieg, konnte der Züchter bessere Preise als in der verflossenen Woche erzielen; es betrug die Erhöhung für die verschiedenen Qualitäten 5—15 Goldpfennig für das Pfund Lebendgewicht. Der Markt wurde vollständig geräumt. Ausgeführt wurden größere und kleinere Partien nach Hohenwestedt, Reher, Neumünster. Die Zufuhr an fetten Schweinen war etwas besser und betrug 28 Stück gegen 9 Stück in der Vorwoche. Der Handel verlief etwas besser als in der Vorwoche, und die Verkäufer konnten für ihre Ware einige Goldpfennige für das Pfund Lebendgewicht mehr erzielen. Es wurden gezahlt für 1. Qualität 60 bis 65, 2. Qualität 55—60, geringere Qualitäten 50—55 Goldpfennige für das Pfund Lebendgewicht.

Amtlicher Teil

Bekanntmachung

betreffend die Abstimmung und die Stimmzettel für den Volksentscheid am 6. Januar 1924.

Die Abstimmung ist unmittelbar und geheim. Jeder Stimmberechtigte hat eine Stimme.

Stimmberechtigt sind alle reichsdeutschen Männer und Frauen, die am 6. Januar 1924 das 20. Lebensjahr vollendet und seit dem 6. Oktober 1923 ihren Wohnsitz im lübeckischen Staatsgebiet haben, wenn sie in die Wählerlisten aufgenommen sind.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier sein und den in der Bekanntmachung des Senates über einen Volksentscheid vom 22. Novbr. 1923 veröffentlichten Ausdruck

Soll der Senat zurücktreten?

enthalten. Die Beantwortung dieser Frage darf nur auf Ja oder auf Nein lauten; Zusätze sind unzulässig.

Ungültig sind die Stimmzettel:

1. die keine Eintragung enthalten;
2. aus deren Inhalt der Wille des Abstimmenden nicht unzweifelhaft zu erkennen ist;
3. die zu dem Worte Ja oder Nein einen Zusatz enthalten;
4. die mit einem Kennzeichen versehen sind.

Mehrere ineinander gefaltete Stimmzettel gelten für eine Stimme, wenn sie gleichlautend sind oder wenn nur einer von ihnen eine Eintragung enthält, andernfalls sind sie ungültig.

Auf Ja oder auf Nein lautende Stimmzettel liegen in den Wahlräumen aus.

Die Stimmzettel sind in einem amtlich gestempelten Umschlag abzugeben.

Lübeck, den 28. Dezember 1923. (10086

Statistisches Landesamt.

Neuregelung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1924 treten anstelle der für den Steuerabzug bisher maßgebenden Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes (§§ 45—52) die Vorschriften der §§ 16—26, 33 der zweiten Steuernotverordnung vom 19. Dezember 1923 (R.G.Bl. 1923, Teil I, S. 1208/09). Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes, die nicht ersetzt sind, z. B. §§ 48 und 49, sind als aufgehoben anzusehen.

Abweichend vom bisherigen Verfahren ist der Wegfall der festen Tagesmarkenermäßigungen nach dem Familienstand und des sogenannten Werbungskostenpauschsatzes. Anstelle des letzteren ist bei allen auf bestimmte Zeit abgestellten Lohnzahlungen — auch bei Vorschuß- und Abschlagszahlungen — jetzt der sogenannte „steuerfreie Lohnbetrag" getreten. Dieser beträgt bei Lohnzahlungen für volle Monate: 50 Goldmark monatlich; für volle Wochen: 12 Goldmark wöchentlich; volle Arbeitstage: 2 Goldmark täglich; für kürzere Zeiträume: 0,50 Goldmark für je 2 volle oder angefangene Arbeitsstunden. Was vom Ueberschuß des Arbeitslohns über diese Lohnteile sind als Steuerabzug einzubehalten: bei einem unverheirateten oder kinderlos verwitweten (also alleinstehenden) Arbeitnehmer: 10 v. H.; bei einem verheirateten Arbeitnehmer ohne Kinder: 9 v. H.; bei einem solchen mit 1 Kind: 8 v. H.; bei einem solchen mit 2 Kindern: 7 v. H. usw.; für jedes weitere minderjährige Kind 1 v. H. weniger. Kinder über 17 Jahre mit eigenem Einkommen werden nicht mitgerechnet. Bei Vergütungen, die nicht für eine bestimmte Zeit (z. B. bei Akkordlohn) gezahlt sind, hat der Arbeitgeber stets 4 v. H. vom vollen Arbeitslohn einzubehalten. Grundsätzlich ist der vom Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung einzubehaltende Steuerbetrag künftig in bar oder durch Ueberweisung für je 1 Monatsbetrag spätestens bis zum 5. Tage nach Ablauf der Dekade an die Finanzkasse des Betriebsortes abzuführen. Nur noch solche Arbeitgeber, die bei Beginn des Kalenderjahres 1923 nicht mehr als 3 Arbeitnehmer ständig beschäftigt haben, haben den Steuerabzug durch Verwendung von Steuermarken zu entrichten. Der Steuerabzug ist erstmalig bei der ersten Lohnzahlung für Arbeitsleistungen nach dem 31. Dezember 1923 nach den neuen Bestimmungen zu bewirken.

Alle weiteren Einzelheiten ergeben die Durchführungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn vom 20. Dezember 1923, die im Reichsministerialblatt und im Reichssteuerblatt abgedruckt werden. Merkblätter mit ausführlicher Darstellung der wesentlichen Punkte und mit einer durch Beispiele erläuterten Anleitung zur Berechnung des Abzugs können Arbeitgeber von dem für ihre Betriebsstätte zuständigen Finanzamt in beschränkter Anzahl unentgeltlich in Empfang nehmen. (10053

Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck, Abt. Ia.

Gewerbliche Anlage.

(Veröffentlicht am 29. Dezember 1923.)

Die Firma **J. Schlichting** in Travemünde beabsichtigt, ihre auf dem Pelwoll-Bertieloft belegene Yacht- und Bootswerft zu erweitern. Das bisherige alte Werftschmiede soll durch einen Neubau vergrößert und in der neuen Schmiede auch ein Luftdruckhammer aufgestellt werden. (§ 16 der Gewerbeordnung.)

Einwendungen gegen das Unternehmen sind innerhalb 14 Tagen — vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an gerechnet — bei dem unterzeichneten Polizeiamt anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden. (§ 17 der Gewerbeordnung.)

Zeichnungen und Beschreibungen der Anlage liegen im Zimmer 24 des neuen Polizeidienstgebäudes am Dom zur Einsicht aus. (10033

Lübeck, 28. Dezbr. 1923. **Das Polizeiamt.**

Bekanntmachung.

Die von der Handelskammer zwecks Prüfung des Vorganges der **Gründung der „Max Schmeling Aktiengesellschaft"** in Lübeck gemäß § 192 Abs. 2 und 5 des HGB. bestellten Revisoren haben der Handelskammer eine Ausfertigung des von ihnen erstatteten Prüfungsberichtes eingereicht. Der Bericht liegt in der Registratur der Handelskammer zur Einsichtnahme aus. (10054

Lübeck, den 29. Dezember 1923.

Die Handelskammer.

Vom 1. Januar 1924 ab betragen die Preise für Gas, Wasser und Strom:

21 Goldpfg. für das cbm Gas, 65 Goldpfg. für die kbw Lichtstrom, 30 Goldpfg. für die kbw Kraftstrom, 15 Goldpfg. für das cbm Wasser zum niedrigen Tarif, 30 Goldpfg. für das cbm Wasser zum hohen Tarif, 20 Goldpfg. für den heizbaren Raum mit Leitung, 10 Goldpfg. für den heizbaren Raum ohne Leitung.

Von der Januarablesung sind die Kassierer wieder berechtigt, bei der Ablesung sofort die fälligen Beträge in Empfang zu nehmen. Als Zahlungsmittel werden angenommen:

1. Papiergeld zum amtlichen Umrechnungskurse gegenüber der Rentenmark
2. Rentenmark
3. Goldanleihe
4. Dollarschatzanweisungen
5. Lübeckisches Goldgeld
6. Hochofengeld
7. Hamburger Goldgeld
8. Hamburger Notgeld
9. Goldgeld des Altonaer Unterstützungsinstituts
10. Bremer Goldgeld
11. Kieler Goldgeld
12. Eutiner Mark
13. Mecklenburgischer Schwerin- und Strelitzer Goldgeld
14. Goldgeld der Reichseisenbahn
15. Straßenbahnquittungen
16. Gültige Gutscheine
17. außerdem an den Kassen nicht von den Einkassierern Roggengeld zum jeweiligen Mittelkurs eines Zentners Roggen Hamburger Notierung.

Die Städtischen Betriebe haben bei der Commerzbank, bei der Diskonto-Gesellschaft, bei der Girozentrale und bei der Bank für Handel und Gewerbe wertbeständige Konten eröffnet und ist die Bezahlung der zugestellten Rechnungen des Januars auf diese Konten in wertbeständigem Geld zulässig, jedoch muß unbedingt bei der Einzahlung die auf der Rechnung befindliche Bezirksnummer und die Kontonummer angegeben werden.

Die Bezahlung der zugestellten Rechnungen hat nach wie vor innerhalb 8 Tagen zu erfolgen. Bei späterer Zahlung wird ein Aufschlag auf die Rechnungen von 3 Proz., mindestens aber von 50 Goldpfennigen erhoben.

Der **Gutscheinverkauf** wird vom 29. Dezember 1923 ab eingestellt.

(10035 **Die Städtischen Betriebe.**

Hundesteuer.

(Siehe Gesetz vom 16. Febr. 1921 nebst Nachträgen.)

1. Die für das Jahr 1924 fällige Hundesteuer ist zu bezahlen:
   a) für die Stadt Lübeck und ihre Vorstädte, sowie die eingemeindeten Gebietsteile Israelsdorf, Gothmund, Krempelsdorf und Vorwerk bei der Polizeikasse, Gr. Burgstr. 14, Zimmer 31, Werktags zwischen 8 bis 1 Uhr;
   b) für das Städtchen Travemünde bei der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde, Werktags zwischen 8 bis 1 Uhr;
   c) für die eingemeindeten Gebietsteile Schlutup, Kücknitz-Herrenwyk, Siems-Dänischburg, Moisling und Niendorf bei den zuständigen Polizeistellen während der bekannten Geschäftsstunden;
   d) für die übrigen Landbezirke bei dem zuständigen Gemeindevorsteher während der bekannten Geschäftsstunden.
2. Die Zahlung hat gegen Empfangnahme eines Steuerzeichens zu erfolgen, von den Hundehaltern, deren Familienname anfängt mit den Buchstaben

A und B	am Mittwoch,	dem 2. Januar 1924,		
C, D und E	am Donnerstag,	dem 3. Jan. 1924,		
F, G und H	„ Freitag,	„ 4.	„	„
J, K und L	„ Sonnabend,	„ 5.	„	„
M, N und O	„ Montag,	„ 7.	„	„
P, Q und R	„ Dienstag,	„ 8.	„	„
S, Sch und St.	„ Mittwoch,	„ 9.	„	„
T, U und V	„ Donnerstag,	„ 10.	„	„
W, X, Y und Z	„ Freitag,	„ 11.	„	„

Wer bis zum 15. Januar 1924 die Hundesteuer nicht gezahlt hat, hat eine Zuschlagsgebühr von 2 Goldmark zu entrichten oder wird in eine Geldstrafe genommen.

3. Die Steuer beträgt
   a) für einen Hund, der von einem Bewohner der Stadt Lübeck und ihrer Vorstädte, sowie der eingemeindeten Gebietsteile Travemünde, Schlutup, Kücknitz-Herrenwyk, Israelsdorf und Moisling gehalten wird, 15 Goldmark;
   b) für einen Hund, der von einem Bewohner des übrigen lübeckischen Staatsgebietes gehalten wird, 6 Goldmark;

   werden von einer Person oder von Familienangehörigen in einem Haushalte mehrere Hunde gehalten, so erhöht sich der Steuerbetrag
   bei a) um je 30 Goldmark für jeden weiteren Hund
   bei b) um je 8 Goldmark für jeden weiteren Hund.
4. Für steuerfreie Hunde ist zum 15. Januar 1924 das vorgeschriebene Zeichen zu lösen.

Lübeck, den 30. 12. 23. **Das Polizeiamt.**

Lohnaufgabe
für unständige Beschäftigung.

Unternehmer von Gewerbebetrieben, die im Jahre 1923 Personen unständige Beschäftigung gegeben haben, werden aufgefordert, die an diese Personen gezahlte Lohnsumme bis einschließlich 12. Februar 1924 dem Versicherungsamt, Kanzleigebäude, Aufgang 5, aufzugeben, widrigenfalls Bestrafung gemäß Verordnung vom 31. Dezember 1915 erfolgt.

Lübeck, den 28. Dezember 1923.

10022) **Das Versicherungsamt.**

Lübecker Brandkasse.

Gemäß Beschluß des Verwaltungsrates wird für alle Gebäude, welche bei der Lübecker Brandkasse versichert sind, ab 1. Januar 1924 die Goldmark-Versicherung (1 Goldmark = 1/4 U. S. A. Dollar) unter Zugrundelegung der Taxsumme vom 1. Mai 1917 eingeführt und bei Brandschäden die Entschädigung wie in Vorkriegszeiten festgesetzt. Ferner gilt als Versicherungsjahr künftig das Kalenderjahr. Die Hebezettel für 1924 werden im Laufe des Januar zugestellt. (9988

Unser zweiter Junge ist glücklich da! (10049

Karl Heidmann und Frau Clarissa Niemann-Heidmann.

Lübeck, 27. Dez. 1923.

Donnerstag abend 11 Uhr entschlief nach langem Leiden mein lieber Mann und meines Kindes liebevoller Vater, mein lieber Sohn, unser Bruder, Schwager u. Onkel, der Schlosser

Ernst Fischer

im Alter von 32 Jahren.

In tiefer Trauer

Anni Fischer
geb. **Bloß**
nebst Angehörigen
Schwart. Allee 283.

Trauerfeier Mittwoch 1¾ Uhr Kapelle Vorwerk. (10038

Den Vorgesetzten und Arbeitskollegen meines lieben Mannes danke ich herzlich für die mir anläßlich seines Heimgangs erwiesenen Aufmerksamkeiten. **Anna Bartels Ww.**

Junges Ehepaar sucht 2 leere Zimmer. Angeb. u. **C 551** a. d. Exp. (10031

Ein kleiner eis. Ofen zu verkaufen. Angeb. u. **C 552** a. d. Exp. (10030

Kinderw. zu verkaufen (10050) Segebergstr. 21.

Ein junger wachsamer Wolfshund zu verkaufen. (10042) Arnimstr. 24 b.

Weiße Kinder-Bettstelle m. Matr., Herrenfahrrad zu verkaufen. (10028 Chaiotstr. 24, 1. Tr. r.

1 Küchentisch und 2 Nachtschränke, neu, zu verkaufen. 35 Mk. (10029 **H. Holtz, Moisling.**

Cutaway, schwarz, m. Weste, gestr. Hose, neu Gr. 48/49, **billig** zu verkf. Gr. Burgstr. 32. (10001

Zu verk. Schlitten mit Lehne. (10025 Stemrader Weg 28a, II.

Verl. am 1. Weihnachtstag gold. Kette m. schwz. Anhängl. (Andenken), v. Ludwigst., Bahnh.-Dornestr.-Holstenst. G. Bel. abz. Dornestr. 18b, I, l. (10023

Am 1. Weihnachtstag v. Gewerbsl. von Arnimstr. bis Burgtor e. Teddy-Bär verloren. Abzugeb. Arnimstr. 11c oder Bei St. Johannis 6. (10045

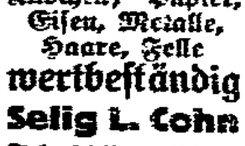
Schw. Muff verl. am 21. Dez. Weg Mühlenstr. Ratzeb. Allee. Geg. Bel. abz. Ratzeb. Allee 17. (9984

Die Person, welche am Sonntag m. Brieftasche mit 11 Mk. Inhalt in der Bülowstr. gefunden hat, ist erkannt, und wird um sofortige Ablieferung in Kottwitzstr. 46, I, ersucht.

Dr. Schwarzweller
nimmt seine Tätigkeit wieder auf. (10007

Geschäftseröffnung
Seeretz
Tabak und Zigarren
Zigaretten
Kautabak
empfiehlt (10021
W. Dunkelmann.
„Zur Walkmühle."

Wahmstr. 62
zahlt für **Lumpen, Knochen, Papier, Eisen, Metalle, Haare, Felle**
wertbeständig
Selig L. Cohn
Tel. 2158. (10039



Montag früh frisch eintreffend: (10044
Ia. lebendfrische Karpfen
Lebende holst. Karpfen
Johs. Boy,
Marktnalle 45/47.
Telephon 8375.

Billig! Billig!
D.- u. H.-Rad, Ofen, Stubeneinrichtung, Kessel Anzüge, Schuhe, Paletots
10002) **Karnapp,**
Krähenstraße 34.

Sonder-Angebot!

Jamaika-Rum Vsch.	40 %	Mk. **2.50**	p. Fl.
Weinbrand Vsch.	38/39 %	Mk. **2.50**	p. Fl.
Doppel-Kümmel	35 %	Mk. **2.00**	p. Fl.
Tafel-Aquavit	40 %	Mk. **2.30**	p. Fl.
Obstbowlen-Sekt		Mk. **1.80**	p. Fl.
Grog-Rotwein		Mk. **1.20**	p. Fl.

in anerkannt guten Qualitäten.

ferner: 10051

Edellikäre, Wisky, Genever, reiner Weinbrand, Rot-, Rhein-, Mosel- und Südweine, Sekt, Schwedenpunsch

zu **bedeutend** herabgesetzten Preisen.

J. Höppner

Fernsprecher 2247. Beckergrube 66.

Schankgewerbesteuer.

Die Erhebung der in der ersten Hälfte des Monats Januar fälligen Gewerbesteuer für den Betrieb der Gast- und Schankwirtschaften sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus ist einstweilen ausgesetzt. Der Zahlungstermin wird demnächst bekannt gegeben werden.

Lübeck, den 29. Dezember 1923.

10048) **Das Polizeiamt.**

Straßenhändler.

Sämtliche umsatzsteuerpflichtigen Personen, die im Besitze eines Straßensteuerheftes sind, werden aufgefordert, dieses Heft in den nachbenannten Terminen zur Abrechnung vorzulegen.

Das Einkaufsheft ist mitzubringen.

Die Abrechnung erfolgt:

1. Für die in der **inneren Stadt, den Vorstädten und den Landgemeinden** (mit Ausnahme von Schlutup und Travemünde) wohnhaften Straßenhändler im Finanzamt, Fleischhauerstraße 20, Zimmer 36, in der Zeit vom 2. bis 21. Januar 1924, vormittags 8—11½ Uhr, **außer Donnerstags.**
2. Für die in **Schlutup** wohnhaften Straßenhändler in der Polizeistation Schlutup am Dienstag, **22. Januar 1924,** vormittags **von 9 bis 2 Uhr.**
3. Für die in **Travemünde** wohnhaften Straßenhändler in der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde am Donnerstag, **24. Jan. 1924, vormittags 9 Uhr.**

Nichtbefolgung dieser Aufforderung wird nach § 202 der Reichsabgabenordnung mit Geldstrafe bis zu 1000 Goldmark oder mit Haft bestraft. Ferner wird darauf hingewiesen, daß nach Ablauf dieser Frist das Finanzamt für Straßenhändler nur Montags und Freitags von 8—12 Uhr vorm. geöffnet ist.

Um eine schnelle Abwickelung zu ermöglichen, hat **jeder Händler** sein Ein- und Verkaufsheft selbst aufzurechnen.

Gleichzeitig mit den Straßensteuerheften sind die ausgestellten Nebenausweise (Bescheinigungen) vorzulegen, da diese mit dem 31. Dezember 1923 ihre Gültigkeit verlieren. (10018

Lübeck, den 29. Dezember 1923.

Das Finanzamt.

Ia. Jamaika-Rum-Verschn. Fl. 2.50

Kümmel 35% Fl. 1,80 | Weinbr. Versch. Fl. 2,25
Aquavit 40% Fl. 2,00 | Fl. 3,00
9999) Preise einschließlich Glas.

Schwedenpunsch, Liköre,
feine Qualitäten zu billigen Preisen.

Jürß & Meiners,
Engelsgrube 59. Fernruf 8731.

Damenkleiderstoffe

in reichhaltiger und gediegener Auswahl empfiehlt zu konkurrenzfähigen Preisen, da **direkt** ab **sächsischer** Fabrik,

F. Spethmann, Breite Str. 31
(im Hause Arnold Berg)
9997) **Etagengeschäft.**

Für eigenen Bedarf.
Kaufe: 9994
Kanin-, Hasen-, Katzenfelle, sowie Iltis, Marder, Maulwurf zu höchsten Preisen.
Pelz-Spezialgeschäft Hermann Boy
Sandstraße 21, gegenüber Hot. Stadt Hamb

Stadthalle-Restaurant
Täglich
von 12—2 Uhr:
Guter bürgerlicher Mittagstisch
ab 6 Uhr: (100
Speisen v. d. Pfann
Reichhaltige Speisekarte
Cort Hansche

Korbmöbel, Wulstsessel, Tische, Hocker, Nähtische, Wäschekörbe
große Auswahl
zu Fabrikpreisen
Nur (999
Krähenstraße 7
(Hof.) Tel. 8864.

Höchste Preise
für
Hasen Kanin
Reh Ziegen
Schaf Kalb usw.
Felle
und
Pferdehaare
Mähnen,
Kuhschweifhaare
9995) zahlt
J. L. Würzburg
Wahmstraße 22a.

+ Magerkeit +

Schöne voll- Körperformen durch unser „Regro"-Kraftpulver in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Garant. unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell. Viele Dankschreib. Preis Karton mit Gebr.-Anw. Mk. 2.50. (1002
Adler-Apotheke,
Lübeck, Ob. Mengstr. 1

FELLE
Füchse | Eichhorn
Marder | Wiesel
Iltisse | Katzen
Dachse | Maulwürfe
Hasen, Kanin usw. sow
HAARE
kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner
Dankwartsgrube 26,
Holstenstraße 8. (999
Fernsprecher 3414.